Herner Anzeiger

Kreisanzeiger für den Stadtkreis Herne
Sodinger Anzeiger / Gerther Anzeiger

Druck u. Verlag: Koethers & Röttiches, Herne, Bebelstr. 8, neben der Hauptpost. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis halbmonatl. Mk. 1.08, monatl. Mk. 2.16, frei ins Haus gebracht. / Postscheckkonto: Dortmund 1007. / Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Leo Reiners, für den Anzeigen- u. Reklameteil: Carl Bartels in Herne.

Kostenlose Unfallunterstützung von Mk. 250.— bei tödlichem Berufsunfall nach Maßgabe besonderer Bedingungen, die in unserer Geschäftsstelle erhältlich sind.

Anzeigenpreise: 1 mm Raumhöhe lokal 7 Pfg., auswärts 8 Pfg., Arbeits- und Wohnungsmarkt 6 Pfg. 1 mm Raumhöhe, im Reklameteil 30 Pfg. Der auf die Inserate eingeräumte Nachlaß oder Kassakonto wird bei Konkursen und gerichtlicher Klage hinfällig. / Fernsprech-Anschluß: Sammel-Nummer 52541 / Telegramm-Adresse: Anzeiger Herne.

Nr. 24 (Erstes Blatt) — Samstag, den 28. Januar 1933 — 28. Jahrgang

Wird von Schleicher zurücktreten?

Reichstag am 31. Januar / Regierungserklärung und Aussprache darüber
Die latente Kabinettskrise wird akut / Ein unverantwortliches Intrigenspiel

Die politische Zwickmühle
Diktaturfreunde und ihre Gegenspieler
Was wird Hindenburg tun?

Von unserer Berliner Redaktion.

≙ **Berlin**, 27. Januar 1933.

Der Beschluß des Aeltestenrates des Reichstags, es bei der Einberufung des Reichstags zum 31. Januar zu belassen, fand am Freitagabend nicht die Beachtung, die ihm unter normalen Verhältnissen zugekommen wäre. Bei der Möglichkeit, daß es im Reichstag zum Sturz der Regierung kommt, muß Reichskanzler von Schleicher den größten Wert darauf legen, sich Klarheit über seine eigene Stellung zu verschaffen. Politische Kreise, die als gut unterrichtet gelten dürften, wollen wissen, daß Herr von Schleicher die von ihm gewünschten Vollmachten zur Auflösung des Reichstags und zur Ausschreibung von Neuwahlen vom Reichspräsidenten von Hindenburg nicht erhalten werde. Der Reichspräsident wolle sich wohl damit einverstanden erklären, daß der Reichstag nötigenfalls aufgelöst werde, aber er habe schwere Bedenken gegen Neuwahlen. Weiter heißt es sogar, der Reichspräsident wolle dem jetzigen Reichskanzler überhaupt jede Vollmacht verweigern.

Bei dieser Erörterung spielt die Tatsache eine ganz bedeutende Rolle, **daß der Einfluß Hugenbergs, von Papens und des Herrenklubs beim Reichspräsidenten nicht ohne Wirkung geblieben ist.** Am Freitagabend wurde sogar gesagt, infolge dieses nicht wegzuleugnenden Einflusses seien die Aussichten des Kabinetts Schleicher gleich null, mit anderen Worten:

Schleicher müsse am Samstag zurücktreten.

Bei der Frage, wer sein Nachfolger werden soll, gehen die Meinungen auseinander. Die Nationalsozialisten erklären, für sie komme kein Kabinett in Frage, an dessen Spitze nicht Hitler stehe. Ein Kabinett von Papen sei für sie nicht diskutierbar. Falls diese Absage der Nationalsozialisten an ein Kabinett der Harzburger Front echt sein sollte, so wäre damit noch nicht der Beweis erbracht, daß Hugenberg, von Papen und General Stülpnagel nicht trotzdem ihre Bemühungen fortsetzen, um den Reichspräsidenten zu ihren Gunsten umzustimmen.

Es darf bei all diesen Bemühungen der Anhänger einer autoritären Regierung durchaus nicht verkannt werden, daß starke Kräfte am Werk sind, um

Kabinettskrise und Konflikt mit dem Reichspräsidenten zu vermeiden.

Wir haben bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß gewisse sehr einflußreiche Herren des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beim Reichspräsidenten vorstellig geworden sind, um ihn auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der deutschen Wirtschaft nicht erspart blieben, **wenn die Pläne Hugenbergs und von Papens durchkämen.** Die gleichen Industriellen scheinen jetzt wieder als

Gegenspieler der Diktaturfreunde

in Erscheinung getreten zu sein. Es wird daher in politischen Kreisen auch davon geredet, daß ein Burgfriede proklamiert werden könne. Ein solcher Burgfriede hätte aber nur Bedeutung für Verbote von Versammlungen, Umzügen usw. Das Parlament kann nach den Bestimmungen der Verfassung nicht am Zusammentreten gehindert werden, wenn ein Drittel seiner Mitglieder die Einberufung verlangt. Eine Hinwegsetzung über diese Bestimmung wäre verfassungswidrig. Es müßte sich schon, wenn das Parlament nicht zusammentreten soll, eine erforderliche Mehrheit finden, die freiwillig auf die Einberufung des Reichstagsplenums verzichtet. Dagegen sollen nach Auffassung der Industriekreise

die Rechte des Parlaments dadurch gewahrt werden, daß die Ausschüsse während der Ausschaltung des Plenums in Permanenz tagen. Im Hinblick hierauf wäre es möglich, daß am Dienstag die Regierungserklärung entgegengenommen und an den folgenden Tagen die Aussprache geführt wird.

Die Industrieführer stehen auf dem Standpunkt, daß der beginnende Aufstieg der deutschen Wirtschaft nicht durch Neuwahlen und nicht durch Experimente verhindert werden darf. Zunächst müsse einmal politisch Ruhe eintreten. Erst wenn die Wirtschaft sich erholt habe und es dann noch nötig sei, könne man immer noch früh genug eine neue Regierung und evtl. einen neuen Reichstag bilden.

Sieht der Reichspräsident ein, daß die Industrie, die für ein Fortbestehen des Kabinetts Schleicher und für ein Fortbestehen des Reichstags eintritt, mit ihrer Meinung recht hat, so kann die innenpolitische Lage in den nächsten Monaten ruhig gestaltet werden. Siegen jedoch die Scharfmacher, die dem Parlament den Todesstoß versetzen wollen und daher das Kabinett Schleicher mit aller Macht bekämpfen, dann drohen Gefahren, deren Umfang noch nicht zu übersehen ist.

Es bleibt beim 31. Januar
Der Beschluß des Aeltestenrates

= **Berlin**, 27. Januar 1933.

Der Aeltestenrat des Reichstages bestätigte am Freitagnachmittag seinen vor acht Tagen gefaßten Beschluß, wonach die nächste Reichstagssitzung am Dienstag, den 31. Januar, stattfinden soll.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Daneben sollen einige internationale Abkommen sozialpolitischer Art erledigt werden, sofern das ohne Aussprache möglich ist.

Der Reichstag wird sich nach Entgegennahme der Regierungserklärung am Dienstag auf Mittwoch vertagen, um dann in die Aussprache einzutreten. Ueber den Zeitpunkt, zu dem über die vorliegenden Mißtrauensanträge abgestimmt werden soll, ist auf der Sitzung des Aeltestenrates nicht gesprochen worden.

Ueber die Beratungen im Aeltestenrat des Reichstages erfährt ein Büro noch ergänzend, daß die Kommunisten ursprünglich beantragt hatten, in der Dienstagssitzung des Reichstages nur die Abstimmungen über die kommunistischen Mißtrauensanträge vorzunehmen. Dieses Verlangen der Kommunisten wurde jedoch von den anderen Fraktionen abgelehnt und beschlossen, über die Mißtrauensanträge erst nach Entgegennahme der Regierungserklärung und einer ausführlichen Aussprache über diese Erklärung zu entscheiden.

Dabei wurde auch die Frage aufgeworfen, ob man Dienstag überhaupt eine Regierungserklärung mit Sicherheit zu erwarten hat, und was geschehen solle, falls die politische Lage sich bis zum Zusammentritt des Reichstages völlig ändere, sodaß kein Kabinett vorhanden sei, das eine Regierungserklärung abgeben könne. Für diesen Fall kam man im Aeltestenrat überein, in einer neuen Sitzung des Aeltestenrates eine andere Tagesordnung für die Dienstagssitzung des Reichstages festzusetzen. **Eine Mehrheit der Fraktionen sprach sich jedoch unbedingt dafür aus, daß der Reichstag am Dienstag auf jeden Fall, wenn auch mit anderer Tagesordnung, zusammentrete.**

Alle in Frage kommenden politischen Anträge sollen in der Aussprache mit erledigt werden, insbesondere auch die sozialdemokratische Interpellation wegen des ostasiatischen Konfliktes. Ferner sollen die Angelegenheiten mitberaten werden, die vom Sozialpolitischen und Haushaltungsausschuß schon erledigt sind, nämlich die Anträge über eine Weihnachts- und Winterbeihilfe, die Anträge über gänzliche oder teilweise Aufhebung der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Notverordnungen und die Anträge zur Explosionskatastrophe im J. G. Farben, Werk Premnitz. Vor der Regierungserklärung sollen am Dienstag ohne Aussprache die fünf Verträge mit ausländischen Staaten über die Gegenseitigkeit in der Sozialversicherung vom Reichstage erledigt werden.

Um die Auflösungsvollmacht

⚔ **Berlin**, 27. Januar 1933.

Durch die Sitzung des Aeltestenrates ist die parlamentarische Seite der innerpolitischen Situation zeitlich geklärt worden. Da der Zusammentritt des Reichstages nun feststeht, da außerdem die Regierungserklärung auf die Tagesordnung gesetzt wurde, bestand für den Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Planck, keine Veranlassung, in die Verhandlungen einzugreifen. Sie haben durchaus zu dem Ergebnis geführt, das das Reichskabinett verlangt hatte.

Inzwischen ist die innerpolitische Entwicklung in den letzten beiden Tagen aber schon soweit gediehen, daß nach der allgemeinen Auffassung, die man heute abend im Reichstag hören konnte, **die parlamentarische Frage im Augenblick nicht einmal das Entscheidende ist.**

Nachdem am Donnerstagabend Gerüchte und Zweckmeldungen das Bild einer beispiellosen Verworrenheit erzeugt hatten, macht sich immer gebietender

die Notwendigkeit einer schnellen Klärung

geltend. Man erwartet sie mit größter Wahrscheinlichkeit bereits für den Samstag **von dem Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten.** Es ist anzunehmen, daß diese Klärung auch nach der Auffassung des Generals von Schleichers dringend erforderlich ist. Die erste Voraussetzung dafür liegt in der

Frage der Auflösungsvollmacht.

Sie wird durch die Besprechung aus dem Dunkel der Gerüchte gehoben werden müssen, von dem sie bisher, namentlich in den letzten Tagen, umgeben war. In diesen Erörterungen spielen

noch zwei andere Fragen

eine wichtige Rolle. Da ist einmal **der Gedanke eines halbjährigen Burgfriedens, zum anderen die Notverordnung zur Befriedung des öffentlichen Lebens.**

Im Reichstag glaubt man, daß beides in der Unterredung ebenfalls zur Sprache kommen wird. Ob diese Annahme voll zutrifft, läßt sich im Augenblick nicht feststellen, da man in der Umgebung des Reichskanzlers vor der Unterredung begreifliche Zurückhaltung wahrt.

Die Entscheidung liegt jetzt also beim Reichspräsidenten.

Von der Antwort, die er morgen gibt, wird es abhängen, **ob der Kanzler aus der Situation die Konsequenzen zieht.** In ernsthaften politischen Kreisen rechnete man heute abend durchaus mit der Möglichkeit, **daß es Samstag zum Rücktritt des Reichskabinetts kommen kann.** Diese Gerüchte scheinen auch mit allen möglichen Verhandlungen und Besprechungen zusammenzuhängen, die nachmittags und abends stattgefunden haben und dem Ziel gelten, aus dem Parlament oder der Harzburger Front heraus

eine andere Regierung auf die Beine zu stellen.

Die Tatsache, daß auch Hitler wieder in Berlin weilt und bereits eine Reihe von Besprechungen hatte, gibt Kombinationen dieser Art reichliche Nahrung. Dabei spielt auch der Name des früheren Reichskanzlers von Papen eine erhebliche Rolle.

Als gewissenhafter Chronist muß man sich aber angesichts der Ungewißheit der nächsten Entwicklung darauf beschränken, die in der Situation erhaltenen Möglichkeiten anzudeuten. Darüber hinaus kann man nur die entscheidende Besprechung beim Reichspräsidenten abwarten, die zwischen 12 und 1 Uhr mittags angesetzt ist.

Vor dem Kanzlerempfang
Die Verhandlungen auf der Rechten

□ **Berlin**, 27. Januar 1933.

In den späteren Abendstunden konzentriert sich das Interesse Berliner politischer Kreise ausschließlich auf den Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten. Von unterrichteter Seite wird dazu gesagt, daß die Besprechung um 12,15 Uhr beginne, daß der Kanzler dem Reichspräsidenten Vortrag über die politische Lage halten und sich

die Auflösungsvollmacht

erbitten werde. Diese Bitte wird der General v. Schleicher damit begründen, daß das Mißtrauensvotum der Kommunisten auf die Tagesordnung der Reichstagsverhandlungen gesetzt worden ist. Er müsse also von vornherein wissen, wie er dem Reichstag gegenübertrete. Nach diesen Informationen tritt also **der Gedanke des Burgfriedens und der Verordnung über die Befriedung des öffentlichen Lebens,** wie wir oben berichteten, vorläufig in den Hintergrund. Es handelt sich im Augenblick ausschließlich um

die Auflösung.

Ob der Reichspräsident dem Kanzler bereits Samstag eine endgültige Antwort geben wird, erscheint zweifelhaft. Es wäre vielmehr denkbar, daß er v. Schleicher bittet, sich bis zum Zusammentritt des Reichstages zu gedulden, weil die gesamte innerpolitische Lage sich bis dahin vielleicht grundlegend klären kann. Es hängt von dem Reichskanzler ab, ob er einen weiteren Aufschub hinnehmen will oder **womöglich am Samstag demissioniert.** Es ist zweifellos auch bezeichnend für die Lage, daß das Reichskabinett Samstagvormittag zusammentritt. In politischen Kreisen glaubt man, daß es zu einem Eventualbeschluß kommen wird, den Kanzler zu ermächtigen, daß er im Falle einer Ablehnung der Auflösungsvollmacht dem Reichspräsidenten

die Demission des Gesamtkabinetts

anbietet. Ob dieser Beschluß auch für den Fall einer Hinausschiebung der Antwort um einige Tage gelten wird, ist eine Frage, die sich noch nicht beantworten läßt sondern wohl erst während der Kabinettssitzung geklärt wird.

Ebenso wenig läßt sich im Augenblick ein Bild von dem Stand der Verhandlungen gewinnen, die parallel mit den Erörterungen über das Schicksal des Kabinetts von Schleicher zwischen den

Gruppen der Rechten

gepflogen werden. Taktisch gehen sie offenbar so vor sich, daß man zunächst versucht, innerhalb der Harzburger Front zu einer Einigung zu gelangen. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß es sicher noch einige Tage dauern wird, ehe sich der Ausgang der Verhandlungen überhaupt beurteilen läßt.

*

Eine Erklärung der NSDAP

⚔ **München**, 27. Jan. Die Reichspressestelle der NSDAP. veröffentlicht zu den Presseäußerungen über die gegenwärtige innerpolitische Lage eine Erklärung, in der es u. a. heißt, man wisse, daß das Kabinett Schleicher volkspolitisch und parlamentarisch völlig isoliert sei. Dazu hätte es nicht erst der Feststellung bedurft, daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion Herrn von Schleicher nach der Aussprache im Reichstag ihr Mißtrauen schwarz auf weiß bestätigen werde. Die Entscheidung darüber, was nach dem parlamentarischen Sturz des gegenwärtigen Kabinetts geschehe, liege heute weniger denn je in der Hand des Herrn von Schleicher. Wie die NSDAP. — so heißt es dann weiter — noch niemals ihre verantwortliche Mitarbeit verweigert habe, wenn ihr die Stellung eingeräumt werde, die ihrer Stärke und Bedeutung zukomme, so werde sie sich auch in Zukunft einer solchen Lösung nicht versagen, wenn die Voraussetzungen dafür vorhanden seien. Die NSDAP. habe allen Anlaß, den Entscheidungen, ganz gleich wie sie auch fallen mögen, mit Ruhe und Zuversicht entgegenzusehen.

*

Gegen Neuwahl und Staatsnotstand
Die vaterländischen Verbände gegen einen Wahlkampf

☆ **Berlin**, 27. Jan. Das Präsidium der vereinigten vaterländischen Verbände erläßt folgende Erklärung: „Mehr als je wird unser Volk zerrissen durch machtpolitische Kämpfe zwischen Regierung und Parteien. **Diese Kämpfe bessern aber weder unsere außenpolitische Lage, noch die wirtschaftliche Verzweiflung vieler Millionen von Volksgenossen.** Die Entfachung eines neuen Wahlkampfes würde eine völlige Verkennung unserer bedrohlichen Lage bedeuten. Wir fordern daher **Führung, Einigung und sachliche Arbeit.**"

Katholische Arbeitervereinsführer an Hindenburg

Die „Germania" meldet: Die geistlichen Führer der katholischen Arbeiterbewegung haben an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

„Die unterzeichneten geistlichen Führer der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands sehen mit großer Besorgnis die wachsende Beunruhigung in der Arbeiterschaft angesichts der Forderung bestimmter Kreise, einen „Staatsnotstand" zu konstruieren und wichtige Teile der Verfassung außer Kraft setzen zu lassen. Die Unterzeichneten haben das Vertrauen, daß Eure Exzellenz sich auch jetzt wiederum als unentwegter Hüter der verfassungsmäßigen Rechtsgrundlage unseres Staatswesens erweisen und unverantwortliche Entschlüsse verhindern werde.

(gez.): Monsignore Dr. Müller-Köln, Generalsekretär Giesler-Köln, Dr. Konermann-Münster, Domvikar Marx-Paderborn."

Russisch-japanische Kriegsgefahr?
Erklärung Arakis

□ **London**, 27. Jan. Im japanischen Oberhaus kam Kriegsminister Araki unter anderem auf die **Kriegsgefahr zwischen Japan und Rußland zu sprechen,** was erhebliches Aufsehen erregte. Er begründete eingehend die Notwendigkeit für den **Ausbau der japanischen Flugwaffe,** die der russischen gleich kommen müsse. Hierbei wies Araki auf eine Erklärung Stalins hin, daß der erste russische Fünf-Jahresplan durch notwendig gewordene Kriegsvorbereitungen gestört worden sei. Das bedeute entweder, daß Rußland einen japanischen Angriff erwarte, oder daß es Japan angreifen wolle. Was China angehe, so müßten die Streitigkeiten früher oder später geregelt werden. Wenn China Truppen nach Dschehol entsende, müsse Japan entscheidende Schritte tun. Japan würde sich dann vielleicht zu einer „neuen Politik" genötigt sehen.

Peinliches Aufsehen in Moskau

☆ **Moskau**, 27. Jan. Der Rede des japanischen Kriegsministers Araki im japanischen Oberhaus wird in Moskau große politische Bedeutung beigemessen. Man glaubt nicht, daß die Erklärung Arakis einfach eine Entgleisung, sondern vielmehr einen politischen Vorstoß darstellt, mit dem Ziel, **die Sowjet-Regierung zur Aenderung ihrer Politik im Fernen Osten** zu veranlassen. Die russische Regierung warte den Wortlaut der Rede ab. Sie werde sich dann entscheiden, welche Schritte zu tun seien. Besonders peinlich wird in Moskau die Tatsache empfunden, daß Araki sich für seine Angriffe die Person Stalins ausgesucht hat.

Streik bei Ford
Die gesamten amerikanischen Werke zum Stillstand verurteilt

☆ **Neuyork**, 27. Januar 1933.

Aus Detroit wird gemeldet, daß die Ford-Motorwerke ihre gesamten Fabriken in den Vereinigten Staaten für unbestimmte Zeit geschlossen haben. Es fehlt ihnen an Werkmaterial, das von der Briggs Manufacturing Comp. zu liefern ist, bei der 6000 Mann in den Ausstand getreten sind.

□ **London**, 27. Jan. Henry Ford erklärte in dem ersten Interview, das er heute telephonisch aus Amerika dem „Evening Standard" über die Ursache der Arbeitseinstellung in seinen weltberühmten Automobilwerken in Detroit gegeben hat, gewisse Bankiers versuchten, die Kontrolle des Fordkonzerns zu erhalten. Einige seiner Konkurrenten operierten gegen ihn, unterstützt von diesen Bankiers, mit dem Zweck, zu verhindern, daß auch nur ein weiterer Fordwagen seine Fabrik verläßt. „Ich weiß dies", so erklärte Ford, „und ich weiß, was ich zu tun habe. Ich werde die ganze Frage bereinigen. Ich werde den Kampf aufnehmen und beweisen, daß die Herstellung von Fordwagen nicht aufgehalten werden kann. Es wird viel Geld kosten, ich kann dies aber nicht verhindern. Wir werden unsere Gegner sofort anpacken, bevor sich der Streik ausdehnt. Es war die größte Ueberraschung meiner Laufbahn, als ich in der letzten Nacht hörte, daß 6000 Angestellte der Briggs-Gesellschaft die Arbeit niedergelegt haben, ohne einen besonderen Grund anzugeben. Die Folge davon ist, daß die Fordwerke geschlossen werden mußten. Es besteht ein völliger Stillstand. Augenblicklich können 40 000 meiner Arbeiter, selbst wenn sie wollen, nicht einen Strich tun. Die Lage hier ist ruhig. Der Bericht, demzufolge die Polizei die Fordwerke bewache, ist unwahr."

☆ **Neuyork**, 27. Jan. Zu der Stillegung der Fordwerke wird ergänzend aus Detroit gemeldet, daß davon insgesamt 150 000 Arbeiter betroffen werden, der Tagesverlust der Fordwerke beträgt etwa 1 Million Dollar.

Englisches Abrüstungsprogramm

Eine Verbindung aller bisherigen Vorschläge

sh **Genf**, 27. Januar 1933.

Die englische Delegation auf der Abrüstungskonferenz hat heute ein Memorandum mit neuen Vorschlägen an die Delegationen Amerikas, Italiens, Deutschlands, Frankreichs und Japans gelangen lassen. Wie verlautet, soll dazu eine Koordination der Gedanken des Hoover-Planes, des französischen Planes, der Fünf-Mächte-Erklärung über die Gleichberechtigung und des englischen Abrüstungsplanes vorgeschlagen werden. Nach englischem Wunsch soll die Abrüstungskonferenz nach Abschluß der allgemeinen Aussprache über den französischen Plan auf der Grundlage dieser neuen Vorschläge in die praktischen Arbeiten eintreten.

In Einzelheiten wird über den englischen Plan noch bekannt, daß der politische Teil

fünf Vorschläge

enthält.

1. **Eine Erklärung der europäischen Mächte, daß sie für die Austragung von Konflikten auf jede Gewaltanwendung verzichten wollen.**
2. Abschluß von Pakten über gegenseitige Hilfeleistung zwischen den europäischen Kontinentalmächten.
3. Ersetzung des Teiles V des Versailler Vertrages durch eine allgemeine Abrüstungskonvention.
4. **Gleiche Dauer der Konvention mit gleichen Revisionsmöglichkeiten für alle Signatarstaaten.**
5. **Verwirklichung des Prinzips der Gleichberechtigung in Etappen und Vereinheitlichung der Heeressysteme.**

Der technische Teil greift zunächst die Bestimmungen des Hoover-Planes über die Begrenzung der Heeresstärken auf und befaßt sich weiter mit der qualitativen Begrenzung der Tanks und der schweren Artillerie. Für die Luftfahrtfragen wird die Einsetzung eines Ausschusses der großen Luftfahrtmächte vorgeschlagen, der über die Abschaffung der Kampfflugzeuge, des Luftbombardements und die Kontrolle der Zivilluftfahrt beraten und entsprechende Vorschläge ausarbeiten soll. Bezüglich der Flottenfrage wird vorgeschlagen, daß die Arbeiten über die Begrenzung der Zahl und Tonnage verstärkt fortgesetzt werden sollen.

Aus englischen Kreisen wird betont, daß es sich nicht um einen englischen Abrüstungsplan, sondern um ein Abrüstungsprogramm handele, das auf den verschiedenen der Konferenz unterbreiteten Plänen beruhe. Dabei sei insbesondere auch die letzte Erklärung vom 11. Dezember 1932 über die Gleichberechtigung berücksichtigt worden.

Französisch-italienisches Ringen um Ungarn

Der Tardieu-Plan im Hintergrund

Z. **Berlin**, 27. Jan. 1933.

Das Zusammentreffen der König von Südslawien und Rumänien, das dieser Tage in Sinaja stattfand, trug ganz das Gepräge der hochpolitischen Monarchenbegegnungen der Vorkriegszeit. Der rumänische Außenminister Titulescu stellte zwar in Bukarest in Abrede, daß der Begegnung eine besondere Bedeutung zukomme, gleichzeitig gab er aber dem Vertreter eines ungarischen Blattes Erklärungen über

politische Ziele im Donauraum,

die unbedingt das Gesprächsthema von Sinaja gebildet haben müssen. Titulescu wirbt um Ungarn, dem er Freiheiten in Rumänien und überhaupt wirtschaftliche und minderheitenrechtliche Erleichterungen im Rahmen einer Entente verspricht, die außer den drei Staaten der Kleinen Entente auch Oesterreich umfassen würde. Dabei betrachtet er den sogenannten Tardieuplan, der die Mitteleuropa-Erörterungen des vorigen Jahres beherrscht hat, aber von der Mehrzahl der Beteiligten abgelehnt worden ist, nach wie vor als richtunggebend, wenn nicht in seinen Einzelheiten, so doch in den Grundgedanken.

Es hat sich schon bei dem Streit um den Richtangriffspakt zwischen Rumänien und Rußland gezeigt, daß Titulescu, der fähigste und gewandteste Diplomat Rumäniens,

die Politik Tardieus

im Gegensatz zu derjenigen Herriots vertritt und sich damit durchsetzt. Diese Politik überschneidet sich gerade in Mitteleuropa mit den Interessen, die Italien sehr aktiv verfolgt, und man wird auch das Intrigenspiel, das gegenwärtig „am Rande" der Genfer Ratstagung wegen der Waffensendungen nach Ungarn im Gange ist, mit dieser Rivalität zu erklären haben. Wegen der Enthüllungen über einen Transport von angeblich 80 000 Gewehren und 200 Maschinengewehren, der von Italien nach Ungarn auf den Weg gebracht worden sein soll, droht die Kleine Entente, wahrscheinlich mit dem gleichen negativen Erfolg, wie vor genau fünf Jahren bei der Szent-Gothard-Affäre, mit einem Interpellationsverfahren.

Der französischen Gruppe ist offenbar jedes politische Druckmittel, auch wenn es bedenklich nach einem Mißbrauch der Völkerbundsmaschine aussieht, im Kampfe gegen den „Revisionismus" willkommen.

Republikanersieg in Irland

= **Dublin**, 27. Jan. Der Stand der Parteien bei den irischen Neuwahlen war am Freitagabend folgender:

Regierungsparteien:

de Valera	65
Arbeiterpartei	7

Opposition:

Cosgrave-Partei	35
Unabhängige	8
Mittelpartei	7

Die de-Valera-Partei führt also nach wie vor mit einer Mehrheit von 12 Sitzen, nachdem bereits 122 von 153 Sitzen gewählt sind. Der endgültige Sieg de Valeras scheint nunmehr kaum in Frage zu stehen.

Das Organ der irischen republikanischen Armee, der „Republicaner", schreibt: „Das Volk hat klar gezeigt, daß es eine unabhängige irische Republik wünscht. Wir wollen nichts mehr von Geschäften mit England hören. Wir wollen nur den Ruf hören: **Auf zur Republik!**"

Der Kampf um die Schuldenregelung

Roosevelts Pläne

)(**Neuyork**, 27. Jan. In der demokratischen Zeitung „World Telegram" wird über ein Interview berichtet, das einer der wirtschaftlichen Sachberater Roosevelts, Tugwell, der Zeitung gab. Danach soll es zum Programm des künftigen Präsidenten gehören, **die Abkommen über zwischenstaatliche Schulden auf eine vernünftige Basis zu stellen, und zwar vielleicht durch eine Herabsetzung des Zinsfußes der Gesamtverpflichtung, außerdem solle die Voraussetzung der Zahlung der Nachweis sein, daß die Schuldner fähig seien, Waren und Effekten zu transferieren, wobei auf die jeweiligen Goldreserven Rücksicht genommen werden müßte.**

Außer den zwischenstaatlichen Schulden hoffe Roosevelt auch die amerikanische Außenhandelspolitik, vor allem die Zölle, nach gesunden Grundsätzen neu regeln zu können. Schließlich liege es auch in seiner Absicht, den amerikanischen Waren den russischen Markt zu eröffnen.

Zuspitzung der englisch-amerikanischen Verhandlungen

☆ **Washington**, 27. Jan. Der englische Botschafter Sir Ronald Lindsay und Lord Lothian erschienen am Donnerstag nach einem Frühstück mit führenden Senatoren, unter denen sich Borah, Swanson, Reed und Moses befanden, im Sitzungssaal des Senats. Sie erregten damit großes Aufsehen, weil zwar Lord Lothian als Mitglied eines fremden Parlaments dazu berechtigt ist, nicht aber Lindsay als Botschafter einer fremden Macht. Lindsay blieb längere Zeit im Sitzungssaal und hörte sich während der Aussprache über die Kriegsschuldenfrage die Rede des Senators Tydings (Maryland) an.

Lindsays Vorgehen wird als ein erster englischer Versuch angesehen, den amerikanischen Kongreß zu beeinflussen. Der republikanische Senator Robinson (Indiana) bereitete daraufhin eine scharfe Entschließung vor, in der der amerikanische Kongreß seine Weigerung, die Kriegsschulden den amerikanischen Steuerzahlern aufzubürden, erneuert.

Noch keine Antwort Stimsons an London

☆ **Washington**, 27. Jan. Der Kampf um die Regelung der Kriegsschuldenfrage hat in voller Schärfe eingesetzt. Staatssekretär Stimson hat nach einer Konferenz mit Moley beschlossen, die Antwort an die Londoner Regierung auf die Annahme der amerikanischen Einladung zu verschieben, nachdem nach anfänglichem Optimismus klar geworden war, **daß die britische Antwort durch die verschleierte Aufstellung gewisser Bedingungen die gemeinsamen Vorschläge Hoovers und Roosevelts tatsächlich ablehnt.**

Während das Staatsdepartement die englischen Bedingungen als mit Rücksicht auf Frankreich aufgestellt ansieht, betonen amerikanische Kongreßkreise nachdrücklichst, daß

auch der neue Kongreß

kein Abkommen ratifizieren werde, ohne daß die Schuldnerländer wirtschaftliche Zugeständnisse machen. Sie bezweifeln, daß Roosevelt auch nur eine vorläufige Lösung der Schuldenfrage nebst wirtschaftlichen und Währungszugeständnissen der Schuldnerländer dem Kongreß bis Mitte Juni zur Ratifizierung vorlegen kann.

Im Gegensatz zu Hoover, der die Schuldenfrage auf dem üblichen Konferenzwege regeln will, bevorzugt Roosevelt eine persönliche Aussprache mit den Abordnungsführern im Weißen Haus. Die wirtschaftlichen Verhandlungen will er den übrigen Abordnungsmitgliedern überlassen. Roosevelt wünscht weiter, daß die Verhandlungen möglichst schnell vonstatten gehen, da die grundlegenden Fragen allgemein bekannt seien, so daß eine längere Verhandlungsdauer unnötig wäre.

*

Ein unverständlicher Vorstoß Borahs

Keine Handhabe zur Einstellung der Freigabezahlungen

△ **Berlin**, 27. Jan. In hiesigen politischen Kreisen hat eine Washingtoner Meldung, daß Senator Borah durch eine Resolution „die völlige Aufdeckung" der angeblichen deutschen Sabotagetätigkeit in Amerika während des Krieges erzwingen will, lebhafte Verwunderung hervorgerufen. Wenn Senator Borah die Einstellung der Freigabezahlungen fordert bis zur Klärung der Sabotagevorwürfe, so steht dem gegenüber, daß die einzig zuständige Instanz, die Mixed claims Commission, bereits zweimal die Prozesse wegen der angeblichen Sabotageakte abgewiesen hat. Die letzte Entscheidung ist erst im November vorigen Jahres erfolgt; in keinem Falle konnte der Nachweis deutscher Sabotageakte erbracht werden. Die ganzen Vorwürfe sind also juristisch völlig geklärt, und es besteht keinerlei Handhabe zu derartigen Plänen, wie sie Senator Borah zum Ausdruck bringt.

Kritik am Arbeitsbeschaffungsprogramm

Debatte im Reichstags-Haushaltsausschuß

⊕ **Berlin**, 27. Januar 1933.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet heute die Anträge des Sozialpolitischen Ausschusses über Arbeitsbeschaffungsfragen, und in Verbindung damit die Plenaranträge über gänzliche oder teilweise Aufhebung der Notverordnungen vom 4. und 5. September zur Belebung der Wirtschaft und zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit.

Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.) erklärt, eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei nur zu erreichen, wenn die Arbeit vermehrt, werde und dies zu einer **Erhöhung der Lohnsumme führe.** Zugleich müsse damit

eine Erhöhung des Volkseinkommens

verbunden sein. Redner bringt einen Initiativgesetzentwurf über **die Aufhebung der Bürgersteuerbestimmungen der September-Notverordnung ein.** Die Bürgersteuer soll danach durch eine Wohlfahrtserwerbslosenhilfe abgelöst werden, die in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer erhoben wird.

Die Steuergutscheine,

so führt der Redner fort, werden **nicht zur Arbeitsvermehrung verwendet, sondern zur Abdeckung von Bau- und Steuerschulden.** Die Scheine werden auch gar nicht zum Zweck einer Arbeitsvermehrung ausgegeben, sondern, soweit sie für die Mehrbeschäftigung von Arbeitern gegeben werden, tatsächlich nur für eine Arbeitsumschichtung. Der Vorgriff auf die Haushaltsjahre 1934 bis 1938 würde nur zu verantworten sein, wenn die Ausgabe von Steuergutscheinen an die Voraussetzung geknüpft würde, daß der Antragsteller den Nachweis einer eingeleiteten Arbeitsvermehrung erbringt.

Einen entsprechenden Antrag seiner Freunde begründet Redner gleichfalls. Danach soll auch bestimmt werden, daß die Einlösung der Steuergutscheine nicht im Wege der Anrechnung auf Steuerzahlungen, sondern in bar erfolgt. Allerdings kann dann auch, so erklärt er, von Steuergutscheinen keine Rede mehr sein, sondern nur noch von **Arbeitswechseln oder Bedarfsdeckungsscheinen.** Somit beantragen wir, die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft durch

ein Gesetz zur Belebung der Arbeit

und zur Heilung der öffentlichen Finanzen zu ersetzen. Wir beantragen weiter, einen Teil des Betrages der durch die Notverordnung vom 4. September zur Verfügung gestellten Mittel zugunsten der Minderbemittelten abzuzweigen durch die Ausgabe von Bekleidungs-Bezugsscheinen.

Redner erklärt zum Schluß, es handele sich bei seinen Initiativ-Gesetzentwürfen nicht um das durchgreifende Arbeitsbeschaffungsprogramm seiner Partei, sondern nur darum, die Notverordnung vom 4. September in Bahnen zu lenken, die finanz- und haushaltspolitisch vertretbar seien.

Ministerialdirektor Dr. Brecht weist namens der preußischen Staatsregierung darauf hin, daß das Arbeitslosenproblem nicht ohne eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit gelöst werden könne und bittet den Ausschuß, bei seinen Beratungen dabei

das Problem der Arbeitszeitverkürzung

nicht zurücktreten zu lassen. Die preußische Staatsregierung sei zwar mit großzügiger Arbeitsbeschaffung durchaus einverstanden, aber auf die Frage, ob es möglich sei, dadurch die ungeheuren Ausgaben für die Arbeitslosen zu ersparen, müsse man mit einem dreifachen Nein antworten: **Erstens weil die Arbeitsbeschaffung mehr koste als die Unterstützung und die jetzt ausgeschriebenen Milliardenwechsel eines Tages eingelöst werden müßten, zweitens weil „zusätzliche" Arbeit in so großem Umfange wirtschaftlich nicht möglich sei, drittens wegen der unvermeidlichen wirtschaftlichen Fehlleitung.**

Mit dem Arbeitsdienst schaffe man zwei Gruppen von Menschen. Zur Arbeitsbeschaffung müsse daher

die rationelle Verteilung der normalen Arbeit

treten. Das könne nur durch gesetzliche Arbeitszeitverkürzung geschehen, wodurch es möglich sei, von den jetzt volkswirtschaftlich nutzlos für die kümmerliche Unterstützung ausgegebenen drei Milliarden etwa zwei Milliarden freizubekommen.

Abg. Dr. Herz (Soz.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie die generelle Beseitigung der Steuergutscheine verlange, zum mindesten aber die Aufhebung der Einstellungsprämien. **Von den Versprechungen Papens, in wenigen Monaten 1½ Millionen Arbeitslose in Arbeit zu bringen, ist fast nichts übrig geblieben.** Auch bei dem Gesetze-Programm stehen die Taten mit den Versprechungen in einem Mißverhältnis.

Wir beantragen die

Auflegung einer Prämienanleihe

mit dem Ziel, einen Teil der gehorteten Notenbestände aus Privathand zu lösen. Mit der Massenarbeitslosigkeit müssen wir infolge der technischen Entwicklung als einem Dauerzustand rechnen. Die bessere und gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ist deshalb nicht zu umgehen. **Es hat noch nie eine Finanzpolitik gegeben, die so einseitig und unsozial war, wie die jetzige. Die Verschiebung von der Besitzbelastung zur Massenbelastung wird bei jeder Konjunkturbesserung zwangsläufig verstärkt.** Um so mehr ist es abzulehnen, wenn man heute schon die Grundlinien künftiger Steuerpolitik festlegen will, wie es durch die Steuergutscheine geschieht.

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.): Die notwendige Arbeitsbeschaffung muß im Zusammenhang mit dem Etat und der Währung gesehen werden. Aber vor einer Ueberschätzung der öffentlichen Maßnahmen ist zu warnen. Der nationalsozialistische Antrag über Arbeitswechsel ist eine reine Kreditschöpfung, die den Geldumlauf erhöht und

die Gefahr inflationistischer Wirkung

mit sich bringt. Auch für die Bekleidungsbezugsscheine mit mehr als einer Milliarde ist keine Deckung vorhanden. Ebenso ist der Landwirtschaft weniger mit zusätzlicher Arbeit, als vielmehr mit Lastenlenkung gedient. **Mit dem Garantieschein der Harzburger Front allein kommt man nicht aus.**

Abg. Möllers (Dntl.) lehnt die nationalsozialistischen

Ueber Wasser

Niederrheinischer Roman von J. Ingendaay / Nachdruck verboten

12. Fortsetzung.

Oben angekommen, sinkt sie auf ihr Bett nieder. Aber keine erlösenden Tränen rinnen, die Augen brennen in den Höhlen, sie verbirgt den schmerzenden Kopf in den Kissen und stöhnt.

Als sie sich nach einer Weile wieder aufrichtet, fällt ihr Blick auf ein Bild an der Wand: Die Mutter!

Da bricht der starre Bann und wild aufschluchzend sinkt sie vor den geliebten Zügen nieder.

„Mutter, hilf!" ringt es sich von den zuckenden Lippen.

Aber die Mutter ist nicht mehr, nur ihre milden, gütigen Augen schauen auf das hartgeprüfte Kind herab.

Eine Schiffsglocke tönt vom Rhein herüber und weckt eine Erinnerung: Auch die Mutter hat einmal schwere Zeiten mit dem Vater gehabt, damals, als er nach dem finanziellen Schiffbruch sich dem Trinken ergeben wollte. Da ist sie ihm zu Hilfe gekommen und hat ihn vor dem seelischen Schiffbruch gerettet: Halt Dich über Wasser, Schipper!

Und dann tritt ihr die Szene am Sterbebett vor Augen, wo die Mutter ihr den Vater überantwortet hat: „Steh dem Vater bei, er muß einen Halt haben, und der sollst Du sein, Lena!"

Feierlich hat sie der Sterbenden gelobt, deren Stelle zu vertreten, so gut sie könne.

Heute ist die Stunde gekommen, da sie Ernst machen muß mit dem Gelöbnis. Klar steht vor ihrer Seele die Pflicht.

Und wie Schuppen fällt es von ihren Augen: Warum hat sich der Vater an dem fremden Eigentum vergriffen? Ist es nicht auch ihretwegen geschehen, um sie vor dem Schicksal an der Seite des Holländers zu bewahren? Wie darf da sie, das Kind, richten über den Vater!

Lena geht an den Tisch und öffnet die Lade: Da liegen Briefe, Karten und ein Bild — von ihm!

Dem jungen schönen Glückstraum ist ein jähes Erwachen gefolgt.

Entsagen muß sie! Wie kann sie, mit dem befleckten Namen, noch an eine Verbindung mit dem Geliebten denken!

Aber das junge Herz rebelliert gegen das Opfer, das die Kindespflicht auferlegt: Verkauf nicht dein Lebensglück und dich selbst! raunt die Stimme der Versuchung . . .

Ihr Blick fällt wieder auf das Bild an der Wand.

„Verzeih, Mutter", flüstert sie, „den Augenblick der Schwäche!"

Die Hoheit des Edelmutes leuchtet von ihrer Stirne, als sie sich aufrichtet. Dann schreibt sie zwei Briefe. Der eine ist rasch fertig; er geht an Gert von Moolen und enthält in kurzen Worten ihre Einwilligung zur Vermählung mit ihm. Der andere will nur langsam aus der Feder, die oftmals Halt machen muß vor großen Wassertropfen, bitteren Tränen. Es ist ein langer Brief; von dem Glück einer Liebe erzählt er und von der Schwere des Opfers. „Frage nicht nach dem Warum", schreibt sie, „ich kann und darf es Dir nicht erklären; ein plötzliches, schweres Hindernis, das nicht in meiner Person liegt, trennt uns für immer. Ich beklage Dich und mich und möchte mir die Augen wund weinen. Aber was kanns helfen? Die Pflicht legt mir ein ungeheures Opfer auf; denn ich liebe Dich und werde einmals einen andern lieben. Was du aber auch hören magst, eins bewahre mir: Deinen Glauben an mich!"

Sie schließt die Briefe und geht dann hinunter zu dem Vater.

Der Weg der Pflicht ist ihr vorgezeichnet; sie weiß, daß er schwer und mühsam ist. Aber sie wird ihn gehen, stark, tapfer und treu!

Fest und klar, wenn auch aus dunklen Höhlen, blicken ihre Augen, als sie dem Vater ihren Entschluß mitteilt, auf den dieser am wenigstens gefaßt war.

„Da lern einer die Weiber kennen!" poltert er heraus. „Was soll das heißen, Lena?"

„Daß ich mir die Sache anders überlegt habe und es für das Beste halte, von Moolen zu heiraten."

Nie wird sie den Vater die Schwere des Opfers und seine tragische Ursache erkennen lassen. Er möge meinen, daß sie in wandelbarer Gesinnung den Widerstand gegen die vordem so verhaßte Ehe aufgegeben habe.

„Und das mit dem jungen Doktor?" forscht er.

Sie zuckt unwillkürlich zusammen.

„Ich seh ein, daß wir nicht zusammen passen!" kommt es mit klangloser Stimme zurück.

Aha! denkt Henn Hemskerk. Sie haben Krach gehabt und nun will sie trotzig Hals über Kopf den Holländer heiraten, ihm zum Aerger.

„Die Weibsleut sind komische Leut!" Er schüttelt seinen grauen Kopf und nimmt sich vor, der merkwürdigen Sache auf den Grund zu gehen.

*

Im Olischlagerschen Hause am Entenmarkt steht Mina mit hochgeschürztem Rock in einem Meer von Wasser und fährt mit dem Schrubber daher, als ein junger Herr in den Laden tritt. Kaum hat sie diesen erblickt, als sie aufschreit, das Symbol ihrer emsigen Tätigkeit langweg ins Wasser klatschen läßt und Hals über Kopf in die hinteren Räume flüchtet.

Franz Brinkmann, der eben Eingetretene, kann sich trotz seiner ernsten Stimmung eines Lachens nicht erwehren, als er die flüchtende Eimer-Muse sieht.

Nun pustet Frau Olischlager heran, nachdem sie auf Minas Meldung hin sich schnell eine reine Schürze umgebunden hat, mit vielen Entschuldigungen.

„Du mußt verzeihen, Tante", unterbricht Franz sie, „daß ich Euch so überfalle. Ich habe gerade was in Wesel zu tun und wollte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, bei Euch vorzusprechen."

„Das hätten wir auch schwer übel genommen", droht Mutter Grittje mit dem Finger. Sie entschuldigt ihre Tochter, die sich in dem Anzuge nicht hätte sehen lassen können. „Das gute Kind", fügt sie mit mütterlichem Stolz hinzu, „ist immer tätig und läßt sich keine Arbeit nehmen. Die Hausfrau steckt schon drin."

Minas Lob wird von der Mutter im Wohnzimmer weiter gesungen; und Franz nickt dazu, obschon er die Hälfte des Ergusses nicht hört.

Nun erscheint auch das Mädchen wieder, in aller Eile nach Möglichkeit herausgeputzt; und die sorgsame Mutter zieht sich alsbald trotz allen Einspruchs von Franzens Seite zurück, „um ein gut Köppje zu setzen".

Die gedrückte Stimmung macht den jungen Mann nicht gerade zum glänzenden Gesellschafter, und mehr als einmal stockt das Gespräch.

Mit gleichgültig gestellter Stimme fragt Franz nach Lena Hemskerk.

Die Frage kommt Mina gerade recht; jetzt kann sie ihre Wissenschaft anbringen:

„Die Lena? O, die poussiert! Mit dem Holländer, dem Schwarzen, den Du auf dem Schützenfest kennen gelernt hast."

„Unmöglich!" ruft Franz erregt aus.

„Habs mit eigenen Augen gesehen, vorgestern noch. Sie ging mit ihm auf Büderich zu spazieren."

Dem jungen Manne ists, als ob die Wolken zusammenstürzten. An demselben Tage, an dem sie ihm den unerklärlichen Absagebrief geschrieben, war sie mit einem anderen spazieren gegangen?

Er hatte den Brief nicht verstanden, und der Aufklärung wegen war er nach Wesel gekommen; aber er hatte nicht an ihrer Liebe gezweifelt. Und nun diese Nachricht, die geradezu ungeheuerlich war!

„Du mußt Dich geirrt haben, Mina!"

„Nicht bloß gesehen hab ichs; ich hab auch mit ihr gesprochen, als sie allein an der Brücke stand. Ich hab sie mitzugeben, aber sie erwiderte: Sie warte auf jemanden. Dieser Jemand war, wie ich nachher genau gesehen habe, der Holländer."

Franz ist überzeugt, daß seine Base die Wahrheit sagt. Dann aber war es auch Tatsache: Lena hatte ihn eines andern wegen aufgegeben!

Und doch schrieb sie: „Die Pflicht legt mir ein ungeheures Opfer auf, denn ich liebe Dich und werde niemals einen anderen lieben!"

Dunkle Rätsel gibt sie ihm auf, und er ist entschlossen sie zu lösen.

Einen notwendigen Gang vorschützend empfiehlt er sich ziemlich unvermittelt, nachdem er auf den Protest der hereinstürzenden Tante versprochen hat, in einem Stündchen wieder da zu sein. Freilich läßt er jetzt den schönen Kaffee Mutter Grittjes kalt werden, was in deren Augen ein unverzeihliches Verbrechen ist.

(Fortsetzung folgt.)

Erneuter Ruf nach der Nord-Süd-Bahn Bochum—Herne—Recklinghausen

Der Bochumer Verkehrsverein beklagt das langsame Tempo in der Verwirklichung des Ruhrprogramms der Reichsbahn.

Seit 35 Jahren geplant

In der Hauptversammlung des Verkehrsvereins Bochum wurden die unzureichenden Eisenbahnverbindungen des Ruhrbezirkes kritisch beleuchtet. Der Vorsitzende, Oberingenieur Bering hob hervor, daß

der Ausbau der Eisenbahnlinien im Ruhrgebiet im wesentlichen bis zum Jahre 1875 vollzogen gewesen sei.

Die danach erfolgten Verbesserungen in der Linienführung und Ausgestaltung der Eisenbahnanlagen sollten gewiß nicht verkannt werden, aber nach der grundsätzlichen Seite hin sei bedeutungsvoll Neues nicht mehr geschaffen worden. Das sei um so bedenklicher, als der wirtschaftliche Aufschwung des Ruhrgebietes nach Fertigstellung des Eisenbahnnetzes sich mit Riesenschritten vollzogen habe. Es sei deshalb nicht zu verwundern, daß schon Ende des vorigen Jahres die Unzulänglichkeiten der Eisenbahnverbindungen des Ruhrgebietes in die Erscheinung getreten seien.

Bereits 1897 wurden die ersten Neubauprojekte bearbeitet,

die vor allem eine Verbesserung des Nord-Süd-Verkehrs und eine Verbindung von Bochum mit Gelsenkirchen, Wanne-Eickel, Herne und Recklinghausen zum Ziele haben sollten. Trotz aller Bemühungen der beteiligten Kreise, industrieller Werke und Organisationen, sei bis heute die Angelegenheit noch in dem Zustand unzulänglicher Verkehrsverbindungen geblieben.

Gerade der mittlere Ruhrbezirk fühle sich mit Recht als ein Stiefkind der Reichsbahn.

Es sei auf die Dauer unerträglich, daß Bochum mit den benachbarten Städten, wie Wanne-Eickel, Gelsenkirchen, Herne, Recklinghausen Witten und Hattingen keine oder nur dürftige Verbindungen habe und daß hierdurch auch der Durchgangsverkehr in empfindlicher Weise beeinträchtigt sei. Die Reichsbahn habe sich Ende des Jahres 1929 mit einem Ausbauprogramm vorgewagt,. das geeignet erscheine, den berechtigten Wünschen des Ruhrgebietes wenigstens in etwa gerecht zu werden. Es solle bekanntlich die direkte Verbindung mit Gelsenkirchen bringen unter gleichzeitiger Verbesserung der Verbindung mit Wanne-Eickel. Darüber hinaus sei

die Nord-Süd-Linie Bochum—Herne—Recklinghausen in das Programm aufgenommen,

die der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk als das Rückgrat der Nord-Süd-Verbindungen bezeichnet habe und die geeignet sei, eine außerordentlich günstige Verbindung von der Nordsee zum Ruhrgebiet und zu den südlich gelegenen Bezirken herzustellen.

Abwegig sei die Ansicht, diese Nord-Süd-Linie solle nur eine Verbindung zwischen den beteiligten Städten schaffen, also nur eine Art von Lokalbahn sein.

Die Reichsbahn habe mit ihren Ausbauarbeiten begonnen, und zwar im Westen anfangend, wie es technisch und verkehrswirtschaftlich richtig sei. Man könne also die Hoffnung haben, auch noch einmal die Verwirklichung dieser dringendsten Verkehrswünsche des Ruhrgebietes zu erleben. Was ihn veranlasse, die Frage wieder einmal anzuschneiden, sei

das Tempo des Ausbaues, das zu großer Besorgnis Anlaß gebe.

Man könne die finanziellen Schwierigkeiten der Reichsbahn keineswegs unterschätzen. Die ihr gewährte Entlastung auf dem Gebiete der Beförderungssteuer, die dem Beschaffungsprogramm zugute kommen solle, dürfte jedoch die verstärkte Möglichkeit schaffen, auch das Ausbauprogramm etwas lebhafter zu gestalten. Die Reichsbahn sollte dabei auch einen anderen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen: Das Ruhrgebiet habe die relativ höchsten Erwerbslosenziffern. Es müsse im Zuge der

Arbeitsbeschaffung

jede Möglichkeit ausgeschöpft werden, Erwerbslose in größerer Zahl wieder in den Arbeitsprozeß zu bringen. Die Ausführung der Eisenbahnprojekte scheine ihm ein vorzügliches Mittel zu diesem Zweck zu sein. Die hier auszuführenden Arbeiten seien im Gegensatz zu manchen anderen als durchaus produktiv anzusehen. Dabei könne man nicht die augenblickliche Verkehrslage als Grundlage ansehen, sondern müsse von einem Normalstand und der Zukunftsentwicklung ausgehen. Unter diesem Gesichtspunkte gesehen,

seien die in Aussicht genommenen neuen Verbindungen für die Reichsbahn zweifellos rentabel.

Zudem sei es der einmütige Wunsch aller Kreise des Ruhrbezirks, die Verkehrsmisere baldigst beheben zu sehen.

In der Aussprache, an der sich Vertreter aller Verkehrszweige des Ruhrbezirks beteiligten, werden die Ausführungen des Vorsitzenden lebhaft unterstrichen. Die Vernachlässigung der Verkehrsforderungen des Ruhrbezirks in früherer Zeit wurde als ein Krebsschaden im gegenwärtigen Verkehrsleben bezeichnet. Besonders lebhaft wurde betont, daß mit den Städten Gelsenkirchen-Buer, Herne, Recklinghausen, Wanne-Eickel und dem Bergischen Lande eine heute völlig unzureichende Verbindung bestehe. Sie müsse endlich aus dem Stadium von Planungen herauskommen. Die Einlegung des Ruhrschnellverkehrs seitens der Reichseisenbahndirektion Essen wurde lebhaft begrüßt.

Altersstufen der Bergarbeiter

Die Arbeiterpensionskasse der Reichsknappschaft hatte am 31. Dezember 1931 461 982 Mitglieder. Davon waren 457 111 männliche und 4871 weibliche Mitglieder. Von den weiblichen Mitgliedern waren 20, von den männlichen 9119 beitragspflichtige Pensionsempfänger. Von den männlichen Mitgliedern waren also 447 992 aktive Mitglieder. Von diesen waren alt:

unter 20 Jahren	27 320	= 6,10	Prozent
von 20—25 Jahre	60 882	= 13,59	„
„ 25—30 „	89 993	= 20,09	„
„ 30—35 „	84 301	= 18,82	„
„ 35—40 „	57 169	= 12,76	„
„ 40—45 „	48 870	= 10,91	„
„ 45—50 „	42 214	= 9,42	„
„ 50—55 „	23 429	= 5,24	„
„ 55—60 „	10 767	= 2,40	„
„ 60—65 „	2 661	= 0,59	„
„ 65—70 „	332	= 0,08	„
über 70 „	54		

71,30 Prozent aller aktiven Mitglieder der Arbeiterpensionskasse waren am Ende des Jahres 1931 weniger als 40 Jahre alt. 91,6 Prozent waren unter 50 Jahren alt. 1328 Mitglieder waren im Jahre 1917, 3073 im Jahre 1916 geboren, waren also 14 bzw. 15 Jahre alt. Der größte Prozentsatz der Mitglieder entfiel mit 4,39 auf die im Jahre 1901 geborenen. Nur die Jahrgänge von 1900 bis 1904 einschließlich erreichten einen Anteil von 4 Prozent der Gesamtmitglieder.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß die Werke in großem Umfange die älteren Jahrgänge abgebaut haben. Auch der Anteil der unter 25 Jahren alten Mitglieder sank im Jahre 1931 um 2,32 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Das durchschnittliche Lebensalter der Mitglieder erhöhte sich deshalb gegenüber dem Vorjahr um drei Monate, von 33 Jahren und 11 Monaten auf 34 Jahre und 2 Monate.

Herner Straßenbauprojekte

Der Straßenzustand unter der Finanzmisere. — Kann das Gereke-Programm Hilfe schaffen? — Die Bedeutung des Freiwilligen Arbeitsdienstes.

Das Herner Straßenwesen hat unter der Finanzmisere schwer zu leiden. In den Etat sind nur die allernotwendigsten Mittel zur Unterhaltung der Straßen eingesetzt, aber sie können nicht einmal ausgeschöpft werden, weil das Geld nicht da ist und weil Straßenunterhaltung nicht zum A-Bedarf gehört. Trotzdem ist es bisher möglich gewesen, das Herner Straßennetz vor dem Verfall zu bewahren. Im großen und ganzen kann man noch mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden sein, wenn auch durch Nichtauftragung neuer Schutzdecken, Unterlassen von Umpflasterungen und Ausbesserungen schlechter Stellen

Raubbau an der Substanz

getrieben wird, der sich in den nächsten Jahren rächen muß. Wie wenig für die Unterhaltung der Herner Straßen ausgegeben wird, wird treffend durch folgendes illustriert. Die Stadt Stuttgart hat durch einen Sparkommissar ein Gutachten mit Sparvorschlägen ausarbeiten lassen. In diesem Gutachten wird gesagt, Stuttgart wende zu viel für Straßenunterhaltung, nämlich 68 Pf. je Quadratmeter vorhandener Straßenfläche, auf. Man müsse in dieser Notzeit mit 40 Pf. auskommen. Und was wendet Herne auf? Noch nicht 20 Pf.

Wenn trotzdem in Herne die Straßen noch nicht in größte Unordnung geraten sind, so liegt das zu einem sehr großen Teil daran, daß fast alle Hauptverkehrsstraßen in früheren Jahren gepflastert worden sind.

Was damals aufgewendet wurde, macht sich jetzt bezahlt.

Stark befahrene chaussierte Straßen dagegen wie die Castroper Straße sind heute ein Kreuz des Straßenbauamtes. So verschlingt die Castroper Straße, die gefürchtet ist wegen ihres löcherigen Zustandes, für die Ausbesserung allein jährlich pro qm 1 M. Und dabei ist alles Geld, das auf diese Weise hineingesteckt wird, verlorenes Geld. Würde man die Straße pflastern, würde man mit dem Geld, das heute die Unterhaltung verschlingt, die Pflasterkosten verzinsen und amortisieren und obendrein noch einige tausend Mark sparen können. Daher denkt man daran,

wenn Herne sich an dem Sofortprogramm des Gereke-Plans beteiligen sollte, zuerst die Pflasterung der Castroper Straße ins Auge zu fassen.

Die Zustände sind dort auch auf die Dauer nicht haltbar. Immer mehr wird diese Straße zur Hauptdurchgangsstraße von Dortmund über Castrop und Horsthausen nach Wanne. Trotz aller Ausbesserungen ist sie ständig voller Löcher und eine Verkehrsgefahr.

Was die chaussierten Straßen anbelangt, die weniger stark befahren werden, so hat bisher immer noch die Ausbesserung der Löcher ein- oder zweimal im Jahre oder bei Nebenstraßen alle zwei Jahre ausgereicht, wenn auch der Zustand nicht immer ideal ist.

Allerdings gibt es Straßen, die dringend nach durchgreifender Verbesserung rufen. Erinnert sei nur an die Verbindungsstraße zwischen Ringstraße und Haus Gysenberg. Diese

am Fuß des Gysenberges entlang führende Straße

ist derart schlecht, daß die Stadtverwaltung sie für den Verkehr sperren wollte. Das ging aber aus verkehrspolizeilichen Gründen nicht, weswegen sie als schlechte Fahrstraße firmiert ist. Man sucht nun nach einer Möglichkeit, sie in diesem Jahre einigermaßen instandzusetzen.

Andere für Verbesserung in Aussicht genommene Straßen sind

der Steinweg, die la Roche- u. die Cranger Straße.

Hier handelt es sich nicht um chaussierte, sondern um gepflasterte Straßen, über deren unebenen Zustand schon seit langem heftige Klage geführt wird. Sie sollen so bald wie möglich umgepflastert werden.

Man will aber auch die Neuanlagen von Straßen betreiben. Und zwar soll dies möglichst mit dem Material geschehen, das durch den Frw. Arbeitsdienst an der Halde von Pluto in Wanne-Eickel gewonnen wird. Für diese Arbeit ist daher eine Verlängerung des Dienstes um 40 Wochen beantragt worden. Augenblicklich wird mit diesem Material schon die

Overwegstraße

zwischen Hue- und Hiberniastraße ausgebaut. In Kürze soll auch die Verlängerung vom Kinderheim bis zum Regenkamp in Angriff genommen werden. Dieser Straßenbau geschieht ohne Bordsteine, aber doch so fest, daß die Straße gut befahren werden kann.

Weiter soll die Straße

Auf dem Rhode

von der Schule aus bis zur Kantstraße durchgelegt werden. Das Haus an der Kantstraße, das dieser Verlängerung im Wege stand, ist abgerissen worden. Auch hier soll die Arbeit mit dem Schlackenmaterial von Pluto (dicke Stücke als Packlage, feine Schlacke als Decke) vorgenommen werden.

Ein anderes Projekt sieht den endlichen

Ausbau der Mont-Cenis-Straße im Dorf Holthausen

vor. Bekanntlich ist seit 4 Jahren die Straßenbegradigung vom Feuerwehrturm aus zur Karlstraße hin vorbereitet. Der Kanal liegt und im vorigen Jahr ist auch die Erdanschüttung erfolgt. Jetzt endlich soll die Herstellung des Fahrdammes und der Bürgersteige erfolgen. Doch bestehen noch Schwierigkeiten wegen der Finanzierung als Notstandsarbeit, da Böschungsmauern hergestellt werden müssen, die die Arbeit stark verteuern.

Im Stadtteil Sodingen ist noch ein Straßenneubau vorgesehen, die

Verlängerung der Röntgenstraße bis zur Fritz-Ebert-Straße.

Hier liegt der Kanal schon in der Erde, angeschüttet ist der Straßenzug auch bereits, es fehlt nur noch die Befestigung. Man will sie ebenfalls mit Pluto-Schlacke vornehmen.

Ein weiteres Projekt betrifft die

Pöppinghauser Straße,

die in der Gegend der Röllinghauser Straße und des Schleusenweges erbreitert werden soll. Die Erbreiterung durch Erdanschüttung ist bereits erfolgt. Es bedarf nur der Anfuhr der Steine und der Befestigungsarbeit.

Eine ähnliche Arbeit soll an der

Bladenhorster Straße

vorgenommen werden, wo vor längerer Zeit ein Kanal in die Erde gelegt und der neben der Straße herlaufende Graben zugeschüttet worden ist.

Ferner soll ein Fußweg von der Weichselstraße zur Brücke über den Zweigkanal auf der Stadtgrenze angelegt werden, der der Vorläufer zu der hier geplanten großen zwischengemeindlichen Verkehrsstraße werden soll, über die wir anläßlich des Fluchtlinienplanes für die Klöcknerbahn von Bladenhorst zum Güterbahnhof berichtet haben.

Andere Projekte, die ins Auge gefaßt sind, ohne daß man zunächst weiß, wie sie verwirklicht werden sollen, sind

die Feldstraße

und die Verlängerung der Bachstraße bis zur Altenhöfener Straße. Die Bedeutung der Feldstraße und den völlig unhaltbaren Zustand dieses mehr Feld als Straße darstellenden Verkehrsweges haben wir mehrfach behandelt. Einer großzügigen Lösung dieser Frage stehen Grundstücks- und finanzielle Schwierigkeiten entgegen.

Die Verlängerung der Bachstraße

ist schon seit Jahren geplant. Auch liegt der teure Kanal hier fix und fertig im Boden. Aber die Aufschließung des Geländes durch die Straße harrt noch immer der Verwirklichung. Ob es indes in diesem Jahre möglich ist, auf dem Wege der Arbeitsbeschaffung den Plan endlich in die Tat umzusetzen, ist noch sehr fraglich.

Ein besonderer Wunsch in Verwaltungskreisen richtet sich auf die

Lange„straße"

im Stadtteil Sodingen, jenen langen Fußweg, der von der Gertner Straße zwischen Volkspark und Gysenberg ausgeht und, einen Berg hinauf- und nun

Grippe
Schutz vor Ansteckung:
Formamint
Vieltausendfach von den Ärzten anerkanntes Schutz- und Desinfektionsmittel für Mund und Rachen.
Glas mit 56 Tabletten lose! M. 1.50 in jeder Apotheke und Drogerie.

Aus der Zeit.

Stichel- und Stachelverse.

Von Dr. Stichel-Stachelborn.

1. Rückblick auf den Januar.

Ein Zwölftel von dem neuen Jahr
Begräbt der Monat Januar,
Er geht ja nun auf seinen Wegen
Dem nahen Ende schnell entgegen.

Das Wetter war im Januar
Im ganzen doch recht sonderbar,
Es wußte oft nicht was es wollte,
Und wie es sich benehmen sollte.

Die Politik im Januar
War ebenfalls recht sonderbar,
Einsonderheit im Deutschen Reiche
Sprang sie beständig aus der Weiche.

Der Reichstag schlief im Januar
In süßer Ruh so sonderbar,
Am Dienstag wird er wohl dem Leben
Auf Probezeit zurückgegeben.

Im Landtag war im Januar
Der Auftakt wieder sonderbar,
Es prügelten zwei Landesbaten
Begeist'rungshalber sich nach Noten.

Der Burgfried schloß im Januar
Nach Ablauf auch recht sonderbar
Die Nazi und die Kommunisten
Im Zuge ihre Fahnen hißten.

Dann war es auch im Januar
Oft mit der Wirtschaft sonderbar,
Besonders wurde auch im Jänner
Erschwert das Werk der Kurbelmänner.

Das Leben war im Januar
Wie ehedem oft sonderbar,
Man schlug sich durch in diesen Tagen
Recht zeitgemäß mit Not und Klagen.

2. Das große Rätselraten.

Wie wird es nun mit der Regierung,
Mit ihrer Amts- und Zügelführung?
Verbleibt der Kanzler auf dem Platz
Bei dieser allgemeinen Hatz?

Den Rechtsparteien paßt er nicht,
Weil er von großen Pflichten spricht,
Von Pflichten, die der Arbeitsmann
Verlangen und noch fordern kann.

Den Linksparteien paßt er nicht,
Weil er von großen Opfern spricht
Von Opfern, die der Arbeitsmann
Für sich allein kaum leisten kann.

Die Mitte nur — recht weit gefaßt —
Versteht noch dessen schwere Last,
Doch ist man hier auch wackelig,
Je mehr die Krise endet sich.

Ein Kanzler wird stets korrigiert
Und tausendfach oft kritisiert,
Das macht vielleicht den Kanzler stumm,
Er wirft das Steuer anders rum.

3. Es werden Netze gesponnen.

„So viel Köpfe, so viel Sinne",
Sagt man heute allemal,
Und im Netze einer Spinne
Hofft man auf den General.

Freilich sind die Spinnennetze
Nicht so dauerhaft und fest,
Doch nach dem Parteigesetze
Glaubt man, daß sich's machen läßt.

Netze werden viel gesponnen,
Und der Kanzler ist umstellt,
Jeder glaubt, er hat gewonnen,
Daß er bald als Opfer fällt.

Spinnen werden Skorpione
Mit dem Basiliskenblick
Gift und Galle in der Krone,
Und das nennt man Politik.

Jeder will es besser wissen
Als der Mann, der's Ruder führt,
Und man kommt mit Hindernissen
Während man im Feuer schürt.

Ach wir sind doch weit gekommen
In dem großen Deutschen Reich!
Wenn der eine was genommen,
Holt der and're aus zum Streich.

4. Der machtlose Völkerbund.

Man kann heut' vieles lesen
Von Chi- und Japanesen,
Vom Völkerbund als Puppe
Der löffelt an der Suppe.

Der Krieg geht luftig weiter,
Der Zwiespalt wird nur breiter,
Zwar hofft der Bund noch immer,
Doch täglich wird es schlimmer.

Ganz machtlos steht im Streite
Der Völkerbund zur Seite,
Denn viele seiner Mächte
Sind nur Interessenknechte.

So ging es nämlich immer
Bald zarter und bald schlimmer,
Wir könnten von den Dingen
Die schönsten Liedchen singen.

5. Das „Warenhaus für den Einzelhandel".

Jeder geht im Warenhaus
Unbelästigt ein und aus,
Alles kann man sich besehen,
Ohne gleich was zu erstehen,
Kehrt man ein und kauft man nicht,
Fällt das niemals ins Gewicht,
Kehrt man ein und kauft sich was,
Geht das ohne Zwang und Paß,
Doch Bezahlung folgt am Ort
Stets in bar, und zwar sofort.

Bürger, hängt die Fahnen aus!
Herne kriegt ein Warenhaus,
So ein Haus mit allerhand,
Was man braucht in Stadt und Land:
Fleisch und Schinken, Brot und Wurst
Und Getränke für den Durst,
Feine Gold- und Silberwaren,
Ganz modern aus letzten Jahren,
Was man stets im Haushalt braucht,
Was man ißt und trinkt und raucht,
Etwas für den jungen Herrn,
Womit er sich schmückt so gern,
Für das Fräulein dies und das,
Kleiderputz und sonst noch was,
Kochgeschirr und Porzellan,
Etwas für den hohlen Zahn,
Ueberhaupt, was jedermann
Wünschen sich und kaufen kann.

Für den Herner Handelsstand,
Der sich hier zusammenfand,
Zeigt das Unternehmen sich
Als rentabel sicherlich.
Weiter in der schweren Zeit
Fördert es Geschlossenheit,
Ist somit ein Unterpfand
Für den Herner Handelsstand
Und für alle, groß und klein,
Will es Freund und Führer sein.

Also, Bürger, ein und aus
Hier im Herner Warenhaus.

6. Die Grippe geht um.

Die Grippe steht in dieser Zeit
Im ganzen Lande marschbereit,
Man hört auch, daß in unserer Stadt
Sie viele überfallen hat.

Die Grippe ist ein eigen Ding,
Man schätzt sie oft viel zu gering,
Man spottet über sie und lacht,
Wenn sie sich mal bemerkbar macht.

Sie kann jedoch mit ihrer Pein
Auch hier und da gefährlich sein,
Besonders, wenn sie heimlich schleicht
Und dann rapid zu Kopfe steigt.

Dann ist der Kopf noch mal so schwer
Und das Gehirn gedankenleer,
Es brummt darin, und der Rumor
Kommt uns so eigentümlich vor.

Der Appetit ist ganz dahin
Und nichts schmeckt mehr nach unserm Sinn
Ob Brot, ob Bier, ob Wurst, ob Wein
Das kann uns wie gestohlen sein.

Der Schnupfen fließt bis dort hinaus,
Der Husten dringt durchs ganze Haus
Und was noch sonst dem Armen fehlt
Das wird der Grippe zugezählt.

Zur schnellen Heilung wendet man
Die altbekannten Mittel an,
Ein Grog, ein Kognak, heißer Tee
Die lindern oft das große Weh.

So ausgestattet, ganz kompleit,
So liegt der Mensch in seinem Bett
Da liegt er still und fragt sich dann,
Wie er zu so was kommen kann.

der andern Seite hinunterführend, im Dorf Holthausen endet. Man möchte ihn zu einem hübschen Spazierweg ausbauen, aber diese 1200 Meter befestigen, verschlingt zu viel Material. Ihn nicht befestigen, hieße vergebliche Arbeit tun, denn nach beiden Seiten des Berges hin ist dieser Weg Wasserabfluß. Bei großen Regengüssen würden die Gießbäche, wie es nach früherem Ausbau schon geschehen ist, den Weg in kürzester Zeit wegreißen.

Für die Herstellung von Plätzen ist nur ein Projekt vorhanden, die

Herstellung des alten Rummelplatzes.

Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen. Diese Arbeit soll im FAD. vor sich gehen. Doch liegt die Genehmigung noch nicht vor, weil bekanntlich vor dem Frühjahr von den Landesarbeitsämtern keine neuen FAD.-Maßnahmen genehmigt werden. Man rechnet aber bestimmt mit der Genehmigung dieses Projektes und läßt daher schon jetzt das Material zur Straßen- und Platzbefestigung anfahren. Bekanntl. ist die Arbeit so gedacht, daß die Freiligrathstraße zunächst bis zu den Gärten verlängert und die Kirchhofstraße auf die Schule an der Kronprinzenstraße zu in gerader Linie durchgeführt wird. Später soll die Verlängerung der Shamrockstraße in Richtung Deklatheater den entstehenden Platz abschließend begrenzen. Um den Platz möglichst groß zu bekommen, wird die Freiligrathstraße etwas nach Osten, zur Bahnhofstraße hin, verschoben. Das Platzrecheck wird dann 70 Meter breit und 120 Meter lang sein, also den beiden jetzigen Rathausplätzen kaum etwas nachgeben. Die Planierung und Befestigung des neuen Platzes mit Pluto-Schlacke wird sehr viel Arbeit und Material erfordern, aber einen sehr schönen Platz ergeben. Für Marktzwecke wird er allerdings dann noch nicht geeignet sein. Dafür mußte er noch eine Teersplittdecke erhalten, die einige tausend Mark kostet. Aber jetzt wird jedenfalls erst einmal die Hauptarbeit geleistet.

Man sieht, daß trotz der Notzeit immer aufs neue nach Mitteln und Wegen gesucht wird, das Stadtbild zu vervollkommnen. Ja, gerade die Notzeit mit ihrem Frw. Arbeitsdienst, den Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffungsprogrammen ermöglicht es, Arbeiten auszuführen, an die in normalen Zeiten so schnell noch gar nicht hätte herangegangen werden können. So kann auch das Trübe unserer arbeitslosen Tage in Segen verwandelt werden.

Aus und für Herne

Sonntagsgedanken

Auf den Straßen der Großstadt steht heute manches hungernde Kind und bittet um Brot. Denn der Vater ist ja ohne Arbeit und die Mutter muß das Kind zum Betteln schicken.

Aber wir haben in dieser Zeit noch andere notleidende Kinder, die nicht wissen, was Hunger ist, und doch hungern. Deren Eltern glauben, für das Kind gesorgt zu haben, wenn der Tisch für die Mahlzeit vollsteht, die aber nicht daran denken, daß diese kleine Kinderseele auch Nahrung braucht, die man nicht im Nachbarhaus holen oder auf der Straße erbetteln kann.

Das ist das Unheil dieser Zeit, daß sie so wenig Stunden frei gibt für die Erziehung der Kinder. In ewiger Hast sorgen und schaffen wir für die Zukunft und finden keine Muße mehr für die Gegenwart, keine Zeit für unsere Kleinen. Es genügt nicht, wenn du, Vater, und du, Mutter, nur für das Brot deiner Kinder sorgst, für morgen und für übermorgen, und dabei ihrer kindlichen Gegenwart vergessen hast. Es ist zu spät, wenn ihr erst zufällig die Wege findet, die eure Kinder während eurer Sorgen und Mühen gegangen sind, und die Freunde sehet, die sie suchten und fanden. Gerade die Zeit dieser bitterernsten Gegenwart fordert offene Augen der Eltern und eine starke Führerhand. Kinderseelen sind wie ein jungfräulicher Garten, in den man als Samenkorn nur gute und hohe Gedanken hineinlegen darf. Denn die Früchte müssen ja edel sein und wertvoll.

Wenn der Werktag mit seiner Sorge um das tägliche Brot für die Kinder nur wenig Zeit mehr übrig läßt, dann soll es wenigstens der Sonntag sein, an dem man die Herzen und Seelen der Kinder speist.

* * *

Kommunalwahlen erst im November.

In letzter Zeit ist wiederholt davon die Rede gewesen, daß die Stadtverordneten-Versammlungen, Kreis- und Provinziallandtage in Preußen einer neuen Zusammensetzung bedürften. Die letzten Wahlen zu den kommunalen Körperschaften fanden am 17. November 1929 statt. Die vierjährige Wahlzeit würde daher erst im November d. J. beendet und auch zu diesem Zeitpunkt Neuwahlen fällig sein. Wie jetzt aus dem preußischen Innenministerium bekannt wird, werden die Wahlen nicht vor diesem Zeitpunkt stattfinden.

* * *

Weitere Schulschließungen in Herne

Von heute ab werden nicht nur die bereits bekanntgegebenen 24 Volksschulen geschlossen. Es sind noch 10 hinzugekommen, so daß von den 35 Volksschulen nur noch die Schule im eingemeindeten Geriher Teil geöffnet ist. Ferner sind die höheren Knabenschulen geschlossen worden, so daß außer der einen Volksschule jetzt das ganze Herner Schulwesen durch die Grippe zum Erliegen gekommen ist. Die Schulschließung dauert 8 Tage. Der Unterricht beginnt wieder am Sonnabend, dem 4. Februar, morgens 8.30 Uhr.

* * *

Grippe und Reifeprüfung

Schließung der höheren Knabenschulen.

Die Grippeepidemie hat auch an den Herner höheren Knabenanstalten alles über den Haufen geworfen. Konnte man sich am Donnerstag noch mit der Schließung von 7 Klassen begnügen, so stieg am Freitag die Zahl der Kranken so stark, daß auch die übrigen Klassen von Samstag ab für 8 Tage geschlossen werden mußten. Der Unterricht wird demnach für alle Klassen am Samstag, dem 4. Februar, wieder aufgenommen.

Infolgedessen muß auch die ursprünglich für den 30. Januar angesetzte schriftliche Reifeprüfung um eine Woche verschoben werden. Die mündliche Prüfung findet aber zum vorgesehenen Termin statt, und zwar am 10. März unter dem Vorsitz des Herrn Oberschulrats Dr. Schulte, des Dezernenten der Anstalten beim Provinzialschulkollegium in Münster für 15 Schüler des Coetus O I b der Oberrealschule; die übrigen 41 Schüler des Coetus O I a der Oberrealschule und der Oberprima des Gymnasiums werden an den folgenden Tagen geprüft. Die Leitung dieser Prüfung ist Herrn Studiendirektor Pesch als Kommissar des Provinzialschulkollegiums übertragen worden.

* * *

Unfälle durch Auf- und Abspringen.

Das weibliche Geschlecht ist am stärksten beteiligt.

Eine üble Gewohnheit ist das Auf- und Abspringen bei den Straßenbahnen. So oft auch davor gewarnt wird, immer wieder wird es vorkommen, manchmal wegen tatsächlicher Eile, meist aber aus Leichtsinn. Unfälle wegen dieser Unsitte werden immer wieder zu verzeichnen sein. Vor allem betreffen dieses das weibliche Geschlecht, welches „tatsicher" die rechte Hand am linken Griff hat oder gar am rechten Griff, wenn es abspringt. Ein findiger Karikaturenzeichner hat deshalb schon den Vorschlag gemacht, am Schaffnerplatz einen Spiegel anzubringen, was die holde „Dämlichkeit" sicher veranlassen wird, sich vor dem Abspringen erst einmal von ihrer Schönheit zu überzeugen oder doch mindestens vom richtigen Sitz des Hutes, und so Veranlassung ist, in der Fahrtrichtung den Wagen zu verlassen. In Köln sind im Vormonat 27 weibliche und 18 männliche Personen beim Auf- und Abspringen zu Schaden gekommen. Die gleiche Unaufmerksamkeit zeigt die Frauenwelt auch auf der Straße. Im gleichen Monat wurden 9 Fußgänger von der Straßenbahn verletzt, und zwar 9 Frauen und 2 Männer. Die meisten dieser Unfälle ereigneten sich aber nicht während der Hauptverkehrszeit, sondern während der verkehrsschwachen Stunden, also ein weiterer Beweis, daß mehr Leichtsinn an den Unfällen schuld ist als Eile.

* * *

Die Ausstellung volkstümlicher Heimatkunst im Städt. Museum

Zwei Herner Erwerbslose, die ihre Mußezeit benützt haben, ihre zeichnerischen Anlagen auszubilden, stellen, wie wir bereits mitteilten, im Städt. Museum von Sonntag, dem 29. Jan., ab ihre Arbeiten öffentlich aus. Es handelt sich in der Hauptsache um eine Reihe gutgesehener Motive aus Herne und Umgebung, die neben einer gewissen technischen Entwicklung besonders guten Blick für die versteckten Reize verraten, wie sie auch eine Industriestadt noch bieten kann. Als Proben einer volkstümlichen Heimatkunst verdienen die Arbeiten Beachtung. Das Heimatmuseum ist zugänglich Mittwochs, Donnerstags und Samstags von 16—19 Uhr, Sonntags von 11—3 Uhr.

* * *

* **Gedenket der armen Vögel!**

Unter dem Frost und dem Futtermangel haben unsere Vögel sehr stark zu leiden. Zahlreich sind die Tiere, die bereits verhungert und erfroren aufgefunden wurden. Vogelliebhaber haben daher in den letzten Tagen in den Büschen, Wäldern und Parks der Stadt Futterstellen angelegt und reichlich mit frostbeständigem Futter versehen. Es wäre zu wünschen, wenn auch die Bevölkerung, vor allem die Kinder, sich der hungernden Vogelwelt annehmen würde.

* **40jähriges Ehejubiläum.**

Die Eheleute Friedrich Kirchhoff, Wiescherstraße 110, können heute im Kreise ihrer Angehörigen ihr 40jähriges Ehejubiläum begehen. Herzl. Glückwunsch!

* **Silberne Hochzeit.**

Die Eheleute Christian Helfper und Frau Anna, geb. Einsfelder, Herne, Mont-Cenis-Str. 43, sowie die Eheleute Wilh. Meister und Frau Sophie geb. Friedeck, Rudolfstraße 35, feiern Sonntag das Fest der silbernen Hochzeit. Herzl. Glückwunsch!

* **Futtertrog gestohlen.**

Wie erst jetzt angezeigt, wurde vor ca. 4 Wochen vom Grundstück des Landwirts H., Mont-Cenis-Str. 586, ein Schweine-Futtertrog, 100×30 cm groß, gestohlen. Wer kann über den Täter Angaben machen?

* **Durch Huftritt verletzt.**

Beim Anschirren eines Pferdes auf einem Lagerplatz der Flottmannstraße wurde das Tier scheu und schlug mehrmals aus. Hierbei erhielt der Jugendliche Karl Schl. aus der Oberscheidtstraße einen Huftritt gegen das rechte Bein, wodurch die Kniescheibe brach und das Schienbein splitterte. Der Verletzte kam ins Krankenhaus.

* **Betrüger mit minderwertigen Bildern und Skizzen. Wer wurde evtl. geschädigt?**

Mitte Januar und an den folgenden Tagen suchte, wie wir bereits mitteilten, ein angeblicher Junglehrer aus Dortmund verschiedene Lehrpersonen in Herne, Castrop-Rauxel usw. auf, um Gelder für sich zu sammeln. Je nachdem, wo er vorsprach, behauptete er, von der in Frage kommenden Konfession zu sein und gab zu verstehen, daß er von Personen anderer Konfessionen abgewiesen worden war. Als Gegenleistung bot er wertlose Bilder und Skizzen in bunter Ausführung an, die er selbst gefertigt haben wollte und wofür er 1,50 M. verlangte. In einem Falle erklärte er, dem Wohnungsinhaber, der abwesend war, sei bei der Zeichenausstellung des Realgymnasiums ein Bild zugeteilt worden, das er überbringen sollte und wofür er 1,50 M. einziehen sollte. Der Betrag wurde ihm ohne Bedenken ausgehändigt und später mußte festgestellt werden, daß es sich um einen Schwindler handelt. Vermutlich ist er auch noch an anderen Stellen aufgetreten. Personen, die sich evtl. geschädigt fühlen, werden ersucht, umgehend Anzeige zu erstatten. Täterbeschreibung: 25—28 Jahre alt, 1,65 bis 1,70 m groß, schlank, bartlos, schmales, blasses Gesicht; er trug schwarzen Lodenmantel mit schwarzem Stoffkragen. Wer kann hinsichtlich des Täters weitere Angaben machen?

* **Aquarien- und Terrarienfreunde Herne.**

Unter zahlreicher Beteiligung hielt der Verein seine diesjährige Generalversammlung im Restaurant Lobeck ab. Der Jahresbericht zeigte, daß im vergangenen Jahr innerhalb des Vereins eine rege Tätigkeit entfaltet wurde. Mit einer gut gelungenen Ausstellung im Rahmen der Herner Verkehrswoche konnte sogar der Herner Bevölkerung etwas Besonders gezeigt werden. Der 1. Kassierer erstattete den Bericht über die Kasse, die in bester Ordnung befunden worden war. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Die Mitgliedsbeiträge wurden ermäßigt. Die heißumstrittene Futterfrage wurde gütlich geregelt, so daß jedes Mitglied seine Tiere ohne Sorge über den Winter bringen kann. Die Börsenkommission beschloß, die nächste Zierfischbörse im März abzuhalten. Der allmonatliche Versammlungstag wurde auf jeden ersten Sonntag im Monat im Restaurant Ed. Lobeck festgelegt, wozu Gäste jederzeit herzlich willkommen sind. Nach Schluß der Versammlung folgte der gemütliche Teil.

* **Der Flakverein e. V. der Landesgruppe Westfalen** hält seine nächste Tagung am 4. Februar 1933 um 18 Uhr im Kasino in der Olpe am Stadthaus zu Dortmund ab. Rechtsanwalt Dr. Hohmann, Herne, wird einen Lichtbildervortrag über „Die Wirkungen der Bombenabwürfe und die aktive Abwehr" halten. Alle ehemaligen Angehörigen der Flak-, Scheinwerfer- und Flugmeldeformationen sowie Freunde und Gönner sind herzlichst eingeladen.

* **Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen Herne.**

Zu der am Sonntag, dem 29. Januar, vormittags 10 Uhr bei Strickmann stattfindenden Jahreshauptsammlung wird freundlichst eingeladen. (Siehe Vereinskalender.)

* **Herner Turnklub e. V.**

Der Herner Turnklub hält heute abend 8.30 Uhr im Vereinsheim Meinhardt seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Mitglieder werden auch an dieser Stelle noch einmal um zahlreiches Erscheinen gebeten.

* **Der Theaterverein „Alt-Heidelberg"**

veranstaltet unter Mitwirkung des Mandolinenklubs „Edelweiß" am Sonntag im Saale Schneider, La-Roche-Straße, einen Operettenabend mit Tanz. Zur Aufführung gelangt die Schwankoperette „Verliebte Leute". Die Preise sind sehr volkstümlich gehalten. (Näheres siehe Inserat.)

* **Eröffnung des „Warenhauses für den Einzelhandel".**

In dem früher von der Firma Schreiber u. Cie. bewohnten Geschäftshaus an der Bahnhofstraße ist jetzt ein mittelständisches Warenhaus eingerichtet worden, in dem 35 Branchen vertreten sind. Die Eröffnung erfolgt heute.

* **Rhythmische Kurse in der Herner Musikschule, Schaeferstraße 1.**

Am 1. Februar beginnen in der Herner Musikschule, Schaeferstraße 4, rhythmische Kurse für Kinder sowie für Jugendliche und Erwachsene. Die Kinder werden dabei nach den Altersgruppen 4—6, 7—10 und 11—14 Jahre in drei Gruppen eingeteilt. Die Teilnahme setzt weder musikalische noch sonstige Kenntnisse voraus. Das Schulgeld beträgt monatlich 4 M. Geleitet wird der rhythmische Unterricht von Frl. Burgardt, die an der Hochschule für Musik in Köln und bei der Vorsitzenden des Deutschen Rhythmikbundes Frau C. Feudel studiert hat.

* **Saalbau Anlauf**

bringt seinen Gästen morgen, eine einzigartige Darbietung. In der größten Attraktion des 20. Jahrhunderts zeigen Geschwister Döringsohn Original-Amerikanische Scharfschützen- und Lassospiele. Stadtler und Stein präsidieren als Humorist, Tänzerin und Sängerin. (Siehe Anzeige.)

* **Stadtgarten-Restaurant.**

Jeden Sonntag Konzert mit Tanzeinlagen. Gemütlicher Familienaufenthalt. (Siehe Anzeige.)

* **„Zum Kanonengarten".**

Morgen, Sonntag, spielt die Stimmungskapelle „Westfalentrio". Tanzeinlagen. (Siehe Anzeige.)

* **Konzerthaus Hans Kösler.**

Für Freunde der Schwerathletik bietet sich für kurze Zeit Gelegenheit, die stärkste Frau der Welt zu bewundern. Fabelhafte Leistungen des Kraftsports werden gezeigt. — Für Freunde des gesunden Humors ist Schuberti mit seinem drolligen Assistenten Moritz verpflichtet. Tränen sollen gelacht werden. (Siehe Anzeige.)

Sozialabzüge vom Arbeitslohn und der Arbeitgeber

Von Amtsanwalt Olczewski, Berlin-Steglitz

Eines der traurigsten Kapitel in der heutigen Strafgerichtsbarkeit ist das der strafbaren Handlungen aus der Sozialversicherung. Zwecks Versicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität sowie Altersversorgung haben Arbeitgeber einerseits, Arbeiter und Angestellte anderseits Beiträge an die verschiedenen Kassen und Anstalten abzuführen. Diese betragen zur Krankenversicherung für den Arbeitgeber ein Drittel, zu den übrigen Versicherungsarten die Hälfte. Dem Arbeitgeber liegt die gesetzliche Verpflichtung ob, die Anteile der Arbeitnehmer bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen und in der Frist, die das Statut der betreffenden Kasse vorschreibt, an diese abzuführen. Wer zwar die Abzüge vornimmt, sie aber vorsätzlich nicht abführt, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft.

Seit dem wirtschaftlichen Niedergang ist die Kriminalität auf diesem Gebiete ganz bedeutend angeschwollen; heutzutage wird fast jeder zweite oder dritte Arbeitgeber deswegen in ein Strafverfahren verwickelt. Die Täter sind dazu durch eine falsche Auffassung über die Sozialabzüge gekommen und glauben immer, es handle sich nur um ihre Schulden. Das trifft aber nur insoweit zu, als ihre eigenen Anteile in Frage kommen. Bezüglich dieser Arbeitgeber-Anteile kommt eine strafbare Handlung auch nicht in Betracht, sondern nur hinsichtlich der Anteile des Arbeitnehmers, wenn sie vom Lohn abgezogen sind. Gewöhnlich liegt der Fall so, daß der Arbeitgeber zwar das Geld für die Löhne und Gehälter, die nach Abzug der Soziallasten tatsächlich zur Auszahlung gelangen, noch im letzten Augenblick am Lohntage aufbringen kann, nicht aber das Geld, das für die Sozialabgaben dient. Der Arbeitgeber kann nach der Rechtsprechung der höchsten Gerichte sich nicht damit entschuldigen, daß er das Geld für die Soziallasten nicht gehabt habe; denn die Abzüge stellen ja auch einen Teil des Lohnes dar. Wenn er also nicht in der Lage ist, den Lohn oder das Gehalt voll auszuzahlen, dann ist er verpflichtet, vom dem Teil, der ihm zur Verfügung steht, zunächst die entsprechenden Abzüge zu machen und abzuführen. Wenn der Lohn eines Arbeiters beispielsweise 30,— *RM* beträgt und hiervon 3,— *RM* Abzüge zu machen sind, der Arbeitgeber aber nur 27,— *RM* hat, so muß er eben von diesen 27,— *RM* die Abzüge berechnen und abführen. Das ist der Sinn dieser Rechtsprechung. Wird dies unterlassen, so liegt eine strafbare Handlung vor.

Nun ist zwar der Einwand der Arbeitgeber, daß sich die Arbeiter dies nicht gefallen lassen würden, richtig, aber er hilft nicht. Es liegt ja auch im Interesse der Arbeitnehmer, daß die Versicherungsgelder abgeführt werden, da ihnen sonst im Invaliditätsfalle nichts gezahlt werden kann. Der Sinn aller Versicherungen ist doch der, daß alle zusammenlegen für den Fall, daß einer von ihnen erkrankt. Daß die Durchführung des Verlangens der Gerichte für den Arbeitgeber oft sehr schwer ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Es ist deshalb schon oft die Frage erörtert, ob es nicht angebracht wäre, dem Arbeitnehmer die Pflicht aufzutragen, seine Beitragsteile selbst abzuführen. Nach dem Gesetz können die Kassen solche Anordnungen aber nur für den Fall treffen, daß der Arbeitgeber fruchtlos gepfändet worden ist.

Schulische Festkultur

Eine Beratungsstelle der Kathol. Schulorganisation

Viele große Organisationen und manche Einzelpersönlichkeiten setzen sich mit ganzer Kraft für die Schaffung stilechter, volklicher, gemeinschaftsbildender Festkultur ein. Ueberall entstehen Beratungsstellen, die zur Gestaltung der verschiedensten Feste und Feiern Material zur Verfügung stellen. Wenn wir heute trotz all dieser Bemühungen immerhin auch noch Unkultur auf diesem Gebiet in Verein, Schule und Heim sehen, so liegt das einmal daran, daß das wertvolle Material noch nicht so ins Volk dringen konnte, wie es wünschenswert gewesen wäre. Eine weitere Ursache müssen wir darin suchen, daß eine Reihe von Verlagsanstalten durch Gelegenheitsproduktionen und Vertreibung wertloser Kataloge die Unerfahrenen von der anerkannten und empfohlenen Literatur abziehen. Andererseits sind auch die Spielleiter selbst viel zu wenig durch geeignete Kurse und Schulungstage in das Wesen und die praktische Gestaltung der gewonnenen theoretischen Erkenntnisse eingeführt worden. Und doch spüren wir vielerorts einen neuen Aufbruch. Von der Jugendbühne und die Laienspielbewegung ging die Reform aus. Neue Gestaltung will sich auch in Verein und Schule durchsetzen.

Aus diesen Erwägungen heraus erschien es der Zentralstelle der Kath. Schulorganisation notwendig, eine Beratungsstelle einzurichten, die insbesondere den katholischen Schulen und Erziehern bei der Gestaltung schulischer Feste und Feiern, bei der Beschaffung neuzeitlicher Lehr- und Lernmittel, bei der Einrichtung zeitgemäßer schulpflegerischer Institution behilflich sein will. Sie wird die Aufgabe übernehmen,

die Festkultur in Schule und Verein, Kirche und Heim zu heben

und unsern Erziehern echtes, kindgemäßes und den natürlichen und gesunden Volkstumsfragen dienendes Schriftum an die Hand zu geben. Die Ergebnisse der umsichtigen Prüfungen und Erhebungen, Materialangaben und Gestaltungshilfen werden in vervielfältigten Zusammenstellungen den Interessenten zur Verfügung gestellt. In der Elternzeitschrift „Elternhaus, Schule und Kirche" in den katholischen Lehrerzeitungen und in den „Führerbriefen" der Kath. Schulorganisation werden in regelmäßigen Abständen besonders aktuelle Abhandlungen zu zeitgegebenen Festen und Feiern, die sich im Kreislauf des Jahres oder auch im Lebenskreis des Kindes und der Schule bewegen, gebracht.

Für sämtliche Feste und Feiern der Schule:

Schuleinweihung, Schuljubiläum, Lehrer- und Priesterjubiläen, Elternabende, Schulaufnahme- und Schulentlassungsfeier; die Feste im Kreislauf des Jahres: St. Martin, Nikolaus, Advent, Weihnachten, Dreikönigstag, Fastnacht, Ostern, Muttertag, Sommerfeste, Verfassungstag, Totensonntag; Ferienwanderungen, Zeltlager, Fahrten, Bericht- und Werbeabende, kurz für alle Feste und Feiern, die in Beziehung stehen zu Elternhaus, Schule und Kirche hat die Beratungsstelle Material bereit. Schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sie lebhaften Widerhall im Lande gefunden.

Wir wünschen, daß dieser lebendige Kontakt mit den Erziehern und Lehrern, mit Eltern und Jugendführern vertieft werde. Allen Erziehern steht die Beratungsstelle zu mündlichen oder schriftlichen Beratung offen. Sie erteilt bereitwilligst und unentgeltlich Auskunft, vermittelt Material und gibt brauchbare Gestaltungshilfen an die Hand. Man wende sich in diesen und ähnlichen Anliegen direkt an die Beratungsstelle der Katholischen Schulorganisation Deutschlands Düsseldorf, Reichsstr. 20.

Industrieführer zur Arbeitszeitverkürzung

In dem Bericht des Internationalen Arbeitsamts an die vorbereitende Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung werden auch Stimmen von Industrieführern zur Frage der Arbeitszeitverkürzung veröffentlicht. So sagte der bekannte Industrielle Robert Bosch: „Es dürfte nicht notwendig sein, bei den heutigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes noch darzulegen, daß bei den Produktionsmitteln und Methoden, die uns zur Zeit zu Gebote stehen, eine Beschäftigungsmöglichkeit für alle Arbeitsfähigen und in allen Berufen nie mehr möglich sein wird, wenn man die tägliche Arbeitsmöglichkeit nicht herabsetzt. Man wird anstatt der heute üblichen 8 Stunden nur noch vielleicht 6 Stunden täglicher Arbeitszeit ansetzen müssen."

Der Präsident der Fiat-Werke in Turin, Senator Agnelli, äußerte sich wie folgt: „Bis jetzt verfolgte der technische Fortschritt — Mechanisierung und Rationalisierung — das Ziel, die Höchstmenge mit einem Mindestaufwand von Arbeit zu erzeugen, ohne Rücksicht auf die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit. Dieses Ziel muß dahin geändert werden, daß die Höchstmenge in der kürzestmöglichen Zeit erzeugt werden soll, wobei die Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter und nicht die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu verringern ist. In anderen Worten: der technische Fortschritt darf nicht zu einer Zerstörung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen."

Wer guten Büchern
Freundschaft hält,
erbaut sich
eine neue Welt.

Der Steinsche Gedanke

und sein historischer Hintergrund

Werden und Inhalt des Selbstverwaltungsbegriffs.

Die nachfolgenden Ausführungen sind entnommen dem umfassenden und interessanten Referat, das Stadtschulrat Hein, Duisburg-Hamborn, gelegentlich der Wochenendtagung der Gelsenkirchener Zentrumspartei am letzten Samstag hielt:

Schon dem oberflächlichen Beobachter können die schweren Störungen, denen unser kommunales Leben seit Jahren ausgesetzt ist, nicht verborgen geblieben sein. Natürlich ist die Krisis der Selbstverwaltung auch der besondere Ausdruck der allgemeinen Krise in Reich, Staat und Gemeinden. Die ungeheuren Anforderungen, die in diesen furchtbaren Notzeiten an die Gemeinden gestellt werden und die furchtbaren finanziellen Schwierigkeiten können auch eine im Innern gesunde und festfundierte kommunale Verwaltung zum Versagen bringen. Aber wenn es sich nur darum handelte, dann ließe sich der Selbstverwaltung für bessere Zeiten eine günstige Prognose stellen. Leider liegen die Dinge nicht so einfach, denn nicht diese augenblickliche schwere Hemmung des kommunalen Lebens, sondern das Entfallen der geistig-politischen Voraussetzungen der Selbstverwaltung kennzeichnet den Ernst der Situation.

Das wird am besten ersichtlich aus der geschichtlichen Genesis des Selbstverwaltungsbegriffs. In einer Zeit völligen Umbruchs legte der Freiherr vom Stein in der preußischen Städteordnung vom 19. November 1808 den Grund für die kommunale Selbstverwaltung. Es ist etwas Selbstverständliches, daß Steins Werk nicht eine fertige Leistung für alle Zeiten, sondern nur ein Versuch und ein Ansatz war. Unmittelbar nach den unglücklichen Ereignissen des Jahres 1806 faßte Stein als höchstes Ziel ins Auge: Wiedererrichtung des untergegangenen Kaiserreiches als großdeutsches nationales Reich. Diesem Ziel stand die politische Führung Preußens, die in den Händen einer dem ungewöhnlichen Format Friedrichs des Großen angepaßten, aber unter seinen Nachfolgern in ödem Formelwesen erstarrten Bürokratie lag, entgegen. Das Volk, an sich zur Verantwortung bereit, wurde ferngehalten. Stein plante nun, die politische Aktivierung der gesamten Nation, den Einsatz ganz neuer Kräfte, die er in dem eben zu politischen Eigenbewußtsein erwachenden Bürgertum sah. „Soll die Nation veredelt werden, so muß man dem unterdrückten Teil derselben Freiheit, Selbständigkeit und Eigentum geben. Man muß die Tätigkeit vieler Menschen in Anspruch nehmen, die Leidenschaften aller Art reizen und ins Spiel setzen, damit das Schicksal aller an die Unternehmung gekettet und die Kräfte aller auf ihre Ausführung und ihren Erfolg gerichtet werden". Und an einer anderen Stelle sagt er: „Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns, die Benutzung der schlafenden und falsch geleiteten Kräfte und der zerstreut liegenden Kenntnisse, der Einklang zwischen dem Geist der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen, und denen der Staatsbehörden, die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre — ein lebendiger feststrebender Geist an Stelle von Formelkram und Dienstmechanismus, ein aus der Fülle der Natur genommener Reichtum von Ansichten und Gefühlen."

Klar und deutlich geht auch der eigentliche Sinn der Selbstverwaltung aus dem in der Nassauer Denkschrift enthaltenen Verdikt über die bürokratische Verwaltung hervor: „In die aus besoldeten Beamten bestehenden Landeskollegia drängt sich leicht ein Leben in Formen und Dienstmechanismen ein, eine Unkunde des Bezirks, den man verwaltet, eine Gleichgültigkeit, oft eine lächerliche Abneigung gegen denselben, eine Furcht vor Veränderungen und Neuerungen, die die Arbeit vermehren, womit die besseren Mitglieder überladen sind und der die geringhaltigeren sich entziehen."

Welches sind nun die Vorbilder, die Stein bei der Konzeption seiner Selbstverwaltung beeinflußten? Einmal wollte er die alte deutschrechtliche genossenschaftliche Tradition wieder beleben. Dabei war er sich durchaus bewußt, daß durch die Einführung der Selbstverwaltung der Weg zu einer politischen Verselbständigung der Städte nicht frei gemacht werden durfte.

Zum zweiten war es die englische Selbstverwaltung, das Selfgouvernement, das stark auf ihn einwirkte. Steins Selbstverwaltung war eine ehrenamtliche. Die gesamte kommunale Verwaltung wurde durch die Städteordnung einem Gremium ehrenamtlicher, also unbesoldeter Funktionäre zugewiesen, die von der Stadtverordnetenversammlung, der Vertretung der Gemeindebürgerschaft gewählt wurden.

Durch den Wiener Kongreß wurde Steins großes Ziel, das er durch Aktivierung des Bürgertums zu erreichen hoffte, in weite Ferne gerückt. Die kommunale Selbstverwaltung und damit die politische Aktivität des Bürgertums wurde bald in das Ringen um die Verfassung hineingezogen und aus einem Mittel zur Herstellung und Erhaltung der nationalen Einheit auf der Grundlage des bürgerlichen Gemeinsinns zum Kampfobjekt konstitutioneller Bestrebungen. Bereits im Jahre 1831 mußte sie durch die revidierte Städteordnung eine Schmälerung über sich ergehen lassen, aber auch die Verfassung der Paulskirche vom 28. März 1849 enthielt folgerichtig eine Garantie der Selbstverwaltung. Der § 184 lautet: „Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter, b) die selbständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, unter gesetzlich geordneter Oberaufsicht des Staates, c) die Veröffentlichung des Gemeindehaushaltes, d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen in der Regel.

Die Zeit vom Wiener Kongreß bis Mitte des Jahrhunderts wird gekennzeichnet durch den Dualismus von Staat und Gesellschaft. Die Gesellschaft ist das Bürgertum in seiner sozialen Gesamtexistenz. Die Situation wird gekennzeichnet durch den Kampf, den dieses Bürgertum führte, um Freiheiten und Eigengesetzlichkeiten, um den Staat selbst, der sich noch in Händen feudaler oder vom Feudalismus beherrschter Mächte befand. Diesem Staate gegenüber machte das Bürgertum die Rechte auf Anerkennung eines eigenen politischen und sozialen Daseins geltend. Die Selbstverwaltung erhielt in dieser Epoche insofern einen anderen Sinn, als sie dem Bereich der Gesellschaft zugewiesen und dadurch bewußt von allem Staatlichen distanziert wurde. Träger der Selbstverwaltung wurde die Rechtsfigur der Korporation des öffentlichen Rechts. Neben dem staatlichen entstand der nichtstaatliche öffentliche Bereich. Bereits in der ersten systematischen Darstellung des Gemeindeverfassungsrechts ist die Selbstverwaltung unter den Gedanken der Freiheit gerückt. Die Gemeinde ist nur noch eine Veranstaltung zur Förderung des individuellen Wohles ihrer Glieder, genau so wie der Staat. Auch in den späteren Darstellungen der Selbstverwaltung finden Steins national-pädagogische Absichten und sein großes nationales Ziel keinen Platz mehr. Die Gemeinden sind selbständige Gesellschaften und in erster Linie dazu berufen, die gemeinsamen Interessen zu befriedigen. Erst wenn Gierke sind die Gemeinden zwar in manchen Beziehungen dem Staat unterworfen, im übrigen aber Träger einer eigenen, vom Staate nicht abgeleiteten Gewalt.

Dieser Auffassung der Selbstverwaltung tritt Julius Stahl unter Ablehnung jeder Verselbständigung der Gemeinden entgegen. Die Gemeindeverfassung ist ihm ein Teil der Staatsverfassung. Er warnt vor einer Ueberspannung der kommunalen Autonomie, weil sie die Einheit des Staates zerstöre. Man sieht: Während Stein die Selbstverwaltung erstrebte, um Kräfte zur Erreichung eines großdeutschen nationalen Staates freizumachen, sucht man jetzt die Selbstverwaltung einzuschränken, um der Zerreißung des Staates von der Kommune her vorzubeugen. Während für Stein die Weckung des Gemeingeistes und damit die Erziehung des Staatsbürgers im Vordergrunde steht, steht Stahl in erster Linie das verwaltungstechnische Moment.

Wir treten damit in die Epoche der Entwicklung des modernen Selbstverwaltungsbegriffs. Das Interesse an der politischen Erfassung des Wesens der Selbstverwaltung im Unterschied von der Staatsverwaltung, die Abgrenzung der Gemeinde- und Staatsaufgaben tritt mehr und mehr zurück. Auch in der öffentlich-rechtlichen Literatur dieser Zeit ist das klar zu erkennen. Unter Berufung auf Tocqueville, Demokratie en Amerique, bekennt sich Stahl zur gouvernementalen Zentralisation, lehnt aber die administrative Zentralisation ab. Und Lorenz von Stein hat diese Unterscheidung in seiner Verwaltungslehre weiter fruchtbar gemacht und kommt zu einer gegenständlichen Unterscheidung von Staatsverwaltung und Selbstverwaltung und damit zu einer Erfassung des Selbstverwaltungsbegriffs, der vielleicht nie größere Bedeutung gehabt hat als heute. Für ihn hat das Staatsleben einen doppelten Inhalt. Es erscheint einerseits als allgemeines, andererseits in einer ganz örtlich begrenzten Gestalt. Die Selbstverwaltung ist für ihn die Teilnahme des Staatsbürgertums an der örtlichen Verwaltung, die als selbständiger Verwaltungsorganismus mit eigenem Inhalt, eigener Funktion und eigenem Recht ausgestattet ist. Damit zieht Lorenz von Stein die kommunale Selbstverwaltung in den staatlichen Bereich hinein. Von dem Recht der Selbstverwaltungsträger auf eigene Existenz ist keine Rede mehr. Allerdings war es dem Bürgertum gelungen, sich des Staates in seiner Ganzheit zu bemächtigen und sich zum Träger der staatlichen Funktionen zu machen. Der Selbstverwaltungsbegriff verengerte sich immer weiter und die Definition, die Peters in seinem Buch „Grenzen der Selbstverwaltung", das nebenbei bemerkt, eine reichhaltige Uebersicht über die sich mit diesem Problem befassende Literatur gibt, aufstellt, zeigt das Ende dieser Entwicklung treffend: „Eine sich im Rahmen der Reichs- und Staatsgesetze abspielende Tätigkeit von juristischen Personen des öffentlichen Rechts — außer von Reich und Staat — kraft deren diese Verbände Aufgaben erfüllen, welche weder solche der Rechtsprechung noch der Rechtsetzung sind." Aus dieser trockenen Definition läßt sich nichts mehr ahnen von der großen politischen Mission, die die Selbstverwaltung im neunzehnten Jahrhundert nach den Absichten ihres Urhebers erfüllen sollte. Diese Entwicklung des Selbstverwaltungsbegriffs stieß natürlich hie und da auf Widersprüche. Insbesondere werden in den Schriften Rudolf von Gneists, der nach der Reichsgründung die preußische Verwaltungsgesetzgebung stark beeinflußte, Gedanken des Freiherrn vom Stein wieder lebendig. Er sieht die Bedeutung der Selbstverwaltung darin, den Gegensatz — Staat — Gesellschaft — durch Heranziehung des Bürgertums zu der Verwaltung zu überwinden, das Bürgertum politisch an den Staat zu binden. Die Selbstverwaltung war für ihn Staatsverwaltung, wenn auch in einer besonderen Form.

Es war schon einmal viel kälter!

Kavallerie stürmt eine Kriegsflott — Der gefrorene Bart König Heinrichs IV. — 8 Monate lang Winter. Scheibenschießen auf dem Rhein.

Der Kälteeinbruch in Europa mit Temperaturen, die wir im allgemeinen nicht gewöhnt sind, erweckt bei vielen den Glauben, daß so etwas noch nicht so leicht dagewesen ist. Gewiß, ein normaler Winter bringt uns nicht leicht zwanzig Grad und darüber, aber es hat in der Geschichte Europas und auch Deutschlands schon viele schlimmere Winter gegeben. Selbst wenn wir in diesem Jahr die Kälte von 1929 erreichen sollten, wo der Thermometer oft 30 Grad zeigte, so würde das noch lange nicht die größte Kältewelle sein, die Deutschland je betroffen hat.

Es hat schon Kälteperioden gegeben, die nicht nur furchtbare Not und Elend heraufbeschworen, sondern die auch in den Gang der Weltgeschichte eingegriffen haben. Der bekannte Düsseldorfer Gelehrte Professor Dr. Richard Hennig hat die Witterungsereignisse von den ältesten Zeiten an erforscht und kann auf hochinteressante Erscheinungen, die durch besonders große Kälte hervorgerufen wurden, hinweisen.

Eine der schlimmsten Kälteperioden, von denen Europa heimgesucht wurde, war im Winter des Jahres 763/64. Mit heute verglichen, haben wir dagegen direkt Frühlingswetter. Am 1. Oktober 763 froren ganz plötzlich in ganz Europa alle Flüsse und Seen zu. Selbst das Schwarze Meer und die Dardanellen machten keine Ausnahme. Im Durchschnitt lag der Schnee in Europa nicht weniger als 12 Meter hoch. Es ist erklärlich, daß das Tauwetter im Frühjahr 764 die furchtbarsten Katastrophen hervorrief.

Achthundertvierundvierzig Jahre vergingen, bevor wieder ein solch entsetzlicher Winter über Europa hereinbrach. Es war der sogenannte „Große Winter" des Jahres 1607/08. Er gehörte nicht nur zu den schlimmsten, sondern auch zu den längsten, die jemals vorgekommen sind. Verhältnismäßig spät, am 21. Dezember 1607 begann er und endete erst Anfang Juni 1608. Seinen Höhepunkt erreichte er am 20. Januar 1608. Wieder waren sämtliche Flüsse, Seen und sogar Meere in Europa zugefroren. Schnee gab es sogar im Süden. Spanien und Italien waren mit einer hohen Schneedecke versehen. Auf der Themse wurden Boote gezimmert, über die Ostsee und den Bodensee konnte man im Wagen fahren. Noch am 15. Mai lief die Danziger Jugend auf den gefrorenen Gräben Schlittschuhe. Der Wein war in den Fässern zu Eis geworden, beim Melken gefror die frische Milch. Historisch verbürgt ist, daß dem König Heinrich IV. eines Morgens beim Erwachen der Bart gefroren war.

Nicht ganz so arg, aber immer noch schlimm genug war der Winter fünfzig Jahre später, 1657/58. Hier hat die Kälte in die Weltpolitik eingegriffen. Sie allein entschied den dänisch-schwedischen Krieg. Da der Oeresund festgefroren war, konnte das schwedische Heer mit allem schweren Geschütz vorrücken und in das Herz des Feindes stoßen. Dänemark wurde am 26. Februar 1658 zum Frieden von Roeskilde gezwungen.

Der längste Winter, den Deutschland jemals erlebte, war 1739/40. Er dauerte nicht weniger als acht Monate lang. Am 24. Oktober 1739 begann er, am 13. Juni 1740 wurde der letzte Frost festgestellt. Schon am 27. November zeigte in Dresden das Thermometer 25 Grad unter Null. Nicht nur der Rhein ist so fest gefroren, daß man vom 23. Februar bis zum 1. März bei Mainz auf ihm ein Scheibenschießen veranstaltete, auch alle Gewässer in ganz Europa zeigen eine dicke Eisdecke. Auf der gefrorenen Themse wurde Markt gehalten und ein Ochse gebraten, über den großen See Windermere dringen die Hirsche vor. Der Sund und die Zuidersee können zu Fuß überschritten werden. Die katastrophale Länge dieses Winters hatte furchtbare Not im Gefolge. Noch im April waren die Brunnen gefroren, noch Ende Mai gab es in Deutschland starken Schneefall und bis Mitte Juni Frost. Eine Kälte, die ohne Unterbrechung acht Monate währte, hatte es bis dahin noch nicht gegeben.

In seinem Buch „Geopolitik" erwähnte Prof. Hennig die merkwürdige Tatsache eines Kavalleriesturmes auf eine Kriegsflotte, der nur durch außergewöhnliche Kälte möglich war. Er schreibt: „Die Geschichte lehrt uns an gar mannigfachen Beispielen, wie stark selbst ein einmaliges klimatisches Ereignis auf das Leben und Gedeihen eines Staates Einfluß zu gewinnen vermag. Holland dankt seine vortreffliche strategische Sicherung seinen zahlreichen Wasserstraßen. Aber als in dem besonders strengen Winter 1794/95 diese Wasserstraßen zufroren, wurde Holland ohne die Möglichkeit eines Widerstandes von den französischen Armeen besetzt und zur „Batavischen Republik" gemacht, und es konnte das weltgeschichtliche Unikum eintreten, daß am 25. Januar bei Texel die im Eis festsitzende Flotte von feindlicher Kavallerie fortgenommen wurde!"

Wie man sieht, ist die gegenwärtige Kälteperiode noch harmlos gegen solche Kältekatastrophen. Es wäre aber auch sehr schlimm, wenn wir derartigen Frost erleben würden. Denn wir könnten uns nicht in dem Maße gegen ihn schützen wie unsere Vorfahren, die sich bei Beginn des Winters mit Lebensmitteln und Heizmaterial so eindeckten, daß sie monatelang damit auskamen. Wir sind heutzutage von der täglichen Zufuhr abhängig. Und wenn einmal sämtliche Wasserwege einfrieren und die Bahnstrecken verschneit würden, wären wir einer Katastrophenkälte hilflos ausgeliefert!

Gedenkt der hungernden Vögel!

46 000 Kurzarbeiter in Westfalen und Rheinland

Ueber 8000 arbeiten nur an einem Tag in der Woche.

Aus der jetzt vorliegenden Dezember-Statistik über die unterstützten Kurzarbeiter geht hervor, daß diese Zahl im Vormonat in Rheinland und Westfalen wieder etwas gestiegen ist. Zählte man im November in beiden Provinzen rd. 44 000 aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung unterstützte Kurzarbeiter, so bezifferte sich diese Zahl im Dezember auf rd. 46 000. Die Gesamtziffer für das Reich ist gegen November etwas zurückgegangen. Auch in Westfalen ist die Zahl der Kurzarbeiter um rd. 2300 zurückgegangen, und zwar auf 14 875. Hiervon waren 1847 weibliche. Im Rheinland dagegen stieg die Zahl um rd. 3800 auf 31 280; davon 4689 weibliche. Die Zahl der Kurzarbeiter, die nur einen Tag in der Woche arbeiten, stieg im Rheinland um rd. 2500 auf 5254. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter mit fünf Ausfalltagen in Westfalen blieb mit 757 gegen 798 im November nahezu unverändert. An zwei Tagen in der Woche arbeiteten im Rheinland 7715 und in Westfalen 2236 Mann.

So war es vor 10 Jahren!

Der Ruhrkampf 1923-25

von Dr. H. Spethmann.

274 Seiten, 48 Tafeln, 37 Textabbildungen, 1 Karte u. 1 Originalschein Ruhrnotgeld. Volksausgabe gebunden nur RM 5,20. — Die beste zusammenfassende Darstellung des politischen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Ruhrkampfes.

Buchhandlung Koethers & Röttsches

8 Bebelstraße 8, neben dem Postamt.

Schleichers Rolle in der Revolution

Von Erich Czech-Jochberg.

(Mit Genehmigung des Verlages K. F. Koehler, Leipzig, entnommen aus: Czech-Jochberg, Die Politiker der Republik. Leinen Mk. 2,85.)

9. Dezember 1918. An der Peripherie von Berlin suchen die ersten Truppen auf. Wirkliche Soldaten. Soldaten mit Zucht und Ordnung. Mit den alten Offizieren: Die Front nähert sich Berlin.

Wie werden die Unabhängigen, wie die Radikalen diese Front empfangen? Es ist besser, man geht nicht auf die Straße — — —

Der Unabhängige Barth stürzt zu Ebert. „Die weißen, die kaiserlichen Truppen werden also als Sieger in Berlin einmarschieren .... das wagen Sie uns zu bieten . . ."

Der Vollzugsrat, immer „für rasches Handeln", hat schon seine Forderungen formuliert: „Wir verlangen: Daß einzig die nach Berlin zuständigen Regimenter einmarschieren dürfen . . . Nur ganz wenig Munition darf mitgenommen werden."

Ebert stimmt dem zu.

„Wir verlangen die Verschiebung des Einmarsches um einen vollen Tag, damit die Truppen von den Mitgliedern des Vollzugsrates eingehend aufgeklärt werden können . . ."

Ebert ist ganz einverstanden.

„Im übrigen", meint er dann, „werden die Herren Gelegenheit haben, selbst mit den bevollmächtigten Abgesandten der O.H.L. zu verhandeln."

Da horchten die anderen auf.

Am nächsten Tage sitzt zwischen den Kabinettmitgliedern der Revolution, zwischen Ebert und Haase und Dittmann und Barth ein Offizier des Frontheeres. Die Revolutionäre sehen neugierig nach dem Offizier, den sie sich ganz anders vorgestellt hatten. Sie erwarteten, die O.H.L. würde durch einen alten General vertreten sein, der sich unbehaglich fühlen würde in dieser Umgebung. An seiner Statt saß hier, sehr zu Hause und nicht im mindesten unsicher, ein ganz junger Stabsoffizier; er mochte kaum dreißig sein (in Wirklichkeit war er sechsunddreißig).

Gleich bei den ersten Worten mußten es die Arbeiterführer: daß dieser Offizier gewohnt war, mit mehr oder minder schwierigen Menschen zu verkehren. Daß ihm kritische Situationen nichts Neues waren. Daß er, was er sagte, so faßte, daß es klar war und durchsichtig und schwer anfechtbar.

Die Frage des Einmarsches, der Mitführung der Munition, der Zuständigkeit der Regimenter in Berlin . . . für alle diese Dinge hatte dieser junge Major keinerlei Schlagworte ins Treffen zu führen, sondern ganz einfache, sachliche Einwände. Wenn man diesen Major erst hätte überzeugen müssen, wenn man ihn mit politischen Argumenten hätte treffen müssen, man hätte ihn in ein paar Minuten erledigt gehabt. So aber war von dem ganzen Programm Barths nichts mehr übriggeblieben. Dieser Major — Barth wandte sich an seinen Nachbarn und erfuhr, daß er von Schleicher hieß — hatte Punkt für Punkt Barths Programm zerzupft, bis nichts mehr übrig war von ihm. Man konnte also nach Hause gehen . . .

Da hatte dieser von Schleicher selbst noch etwas zu sagen. Er begann seine Forderungen bekanntzugeben . . .

„Die O.H.L. besteht auf der vollständigen Entwaffnung der Zivilbevölkerung im ganzen Reiche. Wer mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, wer im Besitz von Waffen angetroffen wird ohne dazu die behördliche Erlaubnis vorweisen zu können, wer bei einer Plünderung betroffen wird, ist augenblicklich zu erschießen."

Jetzt war der Augenblick gekommen, jetzt fielen sie über diesen Major her, jetzt hatte er seine schwache Stelle gezeigt, jetzt war er verwundbar.

Von Schleicher ließ den Sturm verebben. Dann stellte er ein paar Fragen. Das Heer hätte sich der Regierung zur Verfügung gestellt. Die Regierung hätte angenommen, also genieße das Heer immerhin den Vorzug, die bewaffnete, befugt bewaffnete Macht darzustellen. Neben dieser benötige man keine zweite, denn sie rekrutiere sich doch — aus dem Volke, aus den Arbeitern, aus allen Ständen. Und die Berliner Regimenter aus dem Berliner Proletariat. War es nicht so?

Die andern wurden still. Sie wurden es um so mehr, als sie in der Sprache des Majors vergeblich nach dem erwarteten alten Rüstzeug des Offiziers suchten. Sie fanden nichts von Fahneneid und nichts von all dem ihnen so verhaßten Schneiderengteng, es sprach hier ein kluger Mann ganz einfach und verständlich, und ihm waren selbst alle Vokabeln dieser neuen Zeit ganz geläufig. Hätte der Mann nicht zufällig die Uniform angehabt und die Auszeichnungen getragen . . .

Man war bedrückt durch die Anwesenheit dieses von Schleicher und befreit zugleich: Mit diesem Manne ließ sich reden. Und nach der Sitzung ertappten sich vereinzelte Unabhängige bei kotorischen Höflichkeiten diesem Generalstabsoffizier gegenüber. Man ließ ihm an der Türe den Vortritt und merkte es erst nachher, daß er eigentlich seinen Willen im Kabinett ganz und restlos durchgesetzt hatte.

Seither war der Name Schleicher den Politikern der Linken durchaus geläufig. Und Informierte sagten es nicht ohne Respekt: „Der Mann hat die Schule Ludendorffs . . ."

— — — — — — — — — —

Die Matrosendivision saß noch immer im Marstall und wurde von Tag zu Tag frecher.

„Es ist nachgerade unerträglich", poltert auch Ebert. „Jeden Augenblick kann irgendein bewaffneter Haufe hier eindringen, kann mich und die ganze Regierung verhaften . . ."

Ein paar Stunden später hatten sich seine Ahnungen erfüllt: Vor dem Reichskanzlerpalais mit einem Male Lärm, Aufruhr.

Dorrenbach ist hier mit seinen Matrosen, er will seine Weihnachtszulage . . . die versprochenen 80 000 Mark . . .

„Dorrenbach hat alle Eingänge besetzen lassen . . . Wir sind gefangen . . ."

Ebert fährt auf. Knurrt „Gemach". Hebt das Telephon ab. Verlangt eine Verbindung, will sie vielmehr verlangen. Aber die Zentrale meldet: „Jeder Verkehr ist auf Befehl Dorrenbachs untersagt . . ."

Gefangen. Ein schönes Weihnachtsgeschenk für die deutsche Regierung!

Da entfernt sich Ebert. Gelangt in das Zimmer irgend eines Rates. Macht sich dort in der Bibliothek zu schaffen. Hebt das Telephon ab: Die Geheimverbindung mit der O.H.L.!

Kassel meldet sich. von Schleicher meldet sich. Ebert atmet auf. Mit diesem Major hatte sich reden lassen. Diesem Major brauchte man kein X für ein U vorzumachen. Mit diesem Manne sprach man deutsch.

„Wir sind hier, die ganze Regierung. Gefangene Dorrenbachs . . . seiner Matrosendivision . . . veranlassen Sie sofort das Nötige . . ."

„Ich werde alle in und um Berlin verfügbaren Kräfte in Marsch setzen . . ."

— — — — — — — — — —

Es wird nötig sein, sich dieser Episode zu erinnern, wenn man später überrascht ist, daß der Major von Schleicher, daß der General von Schleicher, daß der Reichswehrminister im Kabinette von Papen mitunter eine ganz außergewöhnlich freundliche Kritik in der Presse der Sozialdemokratie findet.

Es blieb übrigens damals bei der Geste der Hilfsbereitschaft. Dorrenbach bekam es mit der Angst vor dem eigenen Mut, er ließ die Regierung frei, noch ehe Schleicher eingreifen konnte . . .

— — — — — — — — — —

Weihnachtsmorgen: Der Kampf gegen den Marstall eröffnet! Löcher, groß wie Scheunentore, gähnen mit einem Male in den Mauern, Säulen bröckeln . . dagegen fällt ohne Kraft . . .

Schon hissen die Matrosen die weiße Fahne, da geschieht etwas Unerwartetes. Die Kanonen haben Tausende, Abertausende herangelockt. Neugierige zunächst. Dann die Professionals der Straße, die Agitatoren der USPD., der Spartakisten.

Die Absperrungskette ist mit einem Male durchbrochen, die Soldaten sind umringt, ziehen sich an die Mauern zurück: „Rückendeckung!" brüllen die Unteroffiziere . . . „Maschinengewehre in Stellung!"

Aber große Teile der Kämpfenden sind doch schon abgetrennt . . .

Die Matrosen erkennen, daß etwas nicht in Ordnung ist, ziehen die weiße Fahne ein.

Das Generalkommando Lequis erläßt augenblicklich die entsetzliche, die hoffnungslose Lage. Der Kampf muß abgebrochen werden.

Die Offiziere in Kassel aber, die O.H.L. erlebten eine Depression, wie sie nicht schlimmer gewesen in den Novembertagen: Sie hatten gedroht, sie hatten die alte Armee als einen Machtfaktor ausgespielt. Nun mußten es die Führer der Linken erkennen, daß sie es nicht war. Mußte Ebert es erkennen. Mußte die Straße, mußten die Arbeiter- und Soldatenräte es erkennen. Damit sank das Ansehen der Armee auf Null.

Groener versammelt seine Mitarbeiter, sie hören sich den Bericht aus Berlin noch einmal an. Dann hat sich der Erste geäußert: „Es gibt meiner Ansicht nur mehr das Eine zu tun: Die O.H.L. aufzulösen. Eine Heeresleitung ohne Heer, ein Offizierskorps ohne Ansehen . . . machen wir ein Ende."

Im Augenblick sind die anderen Offiziere derselben Ansicht.

Da durchschnitt eine scharfe Stimme die Unruhe. Man sah nach dem Sprecher. Es war von Schleicher.

„Der Kampf beginnt erst. Jetzt erst haben wir neue, brauchbare Truppen in den Händen."

Was phantasierte der Mann? Aber schließlich konnte man ihm ja ein Weilchen zuhören.

Die alten, müden Soldaten, die auch schon verdienten, sie seien nicht mehr brauchbar, gewiß: „Aber die Freiwilligen, die sind es. Die kennen keinen Soldatenrat, kennen bloß ihr Gewehr und ihren Hauptmann . . ."

Schleicher hatte jetzt das Gefühl, daß sie ihm folgten, alle. Und jung legte seine Rede durch den Raum: „Wir werden mit diesen Freiwilligen Deutschland retten. Ich sage: Die O.H.L. bleibt, das Offizierskorps bleibt. Das wäre noch schöner, wegen eines Fehlschlages . . ."

Da spricht auch Groener. Hebt die Worte von Schleichers hoch.

Und die anderen Offiziere sehen die Welt mit einem Male ganz anders. Sehen ein zerstörtes, armes, verlassenes Deutschland. Sie wollten es retten. Sie können es!

Turnen • Sport • Spiel

Die Vorschlußrunden-Teilnehmer ermittelt

Internationale Deutsche Hallentennismeisterschaft

Bei den Bremer Hallentennismeisterschaften konnte man am Freitag programmgemäß bis zu den Vorschlußrunden in allen Spielklassen kommen, sodaß das Turnier ohne Ueberhäufung am Samstag und Sonntag beendet werden kann.

Es werden sich in der Vorschlußrunde der Herren treffen: Landry — Maier, von Cramm — Leiveur. Bei den Damen bietet die Paarung: Vanot-Stud/Resnicek, Schneider/Peitz-Horn. Im Herrendoppel spielen: von Cramm/Maier gegen Dr. Dessart/Mateifa, Ulrich/Glerup — Landry/Leiveur. Im Damendoppel wird es zu folgenden Begegnungen kommen: Stud/Horn — Vanot/Buß, Adamoff/Goldschmidt gegen Schneider/Hammer. Für das Gemischte Doppel sind folgende Semifinalisten ermittelt: Stud/Maier — Vanot/Mateifa, Adamoff/Leiveur — Schneider/Dr. Dessart.

Der Freitag brachte zunächst die drei hochinteressanten deutschen Spiele des Herreneinzels. Ueberragend war der Kampf zwischen dem Franzosen Leiveur und dem Dänen Axel Peterlen, der schließlich 13:15 4:6 unterlag. Axel Peterlen ging zwar jeweils zu Beginn der Sätze in Führung, doch war das taktische und finessenreiche Spiel des Franzosen in seiner ganzen Anlage besser, sodaß der Däne schließlich die Waffen strecken mußte. Der Spanier Enrico Maier war im Anfang des ersten Satzes gegen den Dänen Ulrich noch recht schwach, gewann aber schließlich klar 6:3, 6:2. Landry schlug schließlich Dr. Dessart nach Kampf recht klar 6:3, 6:3.

Im Gemischten Doppel schlugen Schneider/Dessart zunächst die französisch-dänische Kombination Goldschmidt/Glerup 6:4, 6:4. Stud/Maier siegten über die starken Dänen Ulrich/Frau Sperling nach hartem Kampf 8:6, 6:3. Das norwegisch-dänische Paar Andersen/Peterlen wurde von den Franzosen Adamoff/Leiveur 6:3, 6:3 geschlagen und Frl. Vanot/Mateifa siegten über Hammer/Mensel 7:5, 6:3.

Ergebnisse:

Herren: Leiveur — Axel Peterlen 15:13, 6:4; Maier gegen Ulrich 6:3, 6:2; Landry — Dr. Dessart 6:3, 6:3; — Mixed: Schneider/Dessart — Goldschmidt/Glerup 6:4, 6:4; Stud/Maier — Sperling/Ulrich 8:6, 6:3; Adamoff/Leiveur gegen Andersen/Peterlen 6:3, 6:3; Vanot/Mateifa gegen Hammer/Mensel 7:5, 6:3.



In Bremen finden zur Zeit unter starker internationaler Beteiligung die deutschen Hallen-Tennismeisterschaften statt. Unser Bild zeigt einige bekannte Teilnehmer: Von links: Der französische Titelverteidiger Landry, Fräulein Adamoff-Paris, Frau Bergh-Oslo, Frau Schneider-Peitz-Düsseldorf und der deutsche Meisterspieler Freiherr von Cramm

Der mißverstandene WSV

Der Westdeutsche Spielverband, der seine auf der Berliner Vorstandssitzung des Deutschen Fußball-Bundes vorgetragenen Protestpläne besonders von der außerwestdeutschen Presse mißverstanden glaubt und der Meinung ist, daß sich der Süden in den Kernpunkten dieses schwierigen Problems mit ihm solidarisch erklärt, äußert sich in den nachfolgenden, kommentarlos widergegebenen Ausführungen zu dieser Frage, um der Oeffentlichkeit seinen Standpunkt klarzulegen. Danach heißt es:

„Der erste Eindruck von der Berliner Tagung des Bundessportausschusses in Westdeutschland war der einer hoffnungslosen Isolierung Westdeutschlands. Man glaubte allgemein, daß auch ein außerordentlicher Bundestag am 28. Mai keine Aenderung der Auffassung und keine Lösung des Profiproblems bringen werde.

Allmählich beginnt dieser Eindruck in das Gegenteil umzuschlagen, weil wichtige Einzelheiten aus der Sitzung bekannt werden und weil man mit Recht neben dem Gegensätzlichen das Gemeinsame in der Stellungnahme einzelner einflußreicher Führer aufzuzeigen sich anschickt.

Zunächst ist die zwar pflichtig formulierte Erklärung des engeren Vorstandes vielleicht nicht eingehend genug gewürdigt worden.

Tatsächlich hat der engere Vorstand die Einführung des Professionalismus in einer bestimmten Form eindeutig befürwortet. Der Bundessportausschuß hat ferner eindeutig erklärt, daß das italienische System aus einer Reihe von Gründen nicht zutrifft aus steuerlichen Gründen, abzulehnen sei.

Namentlich die letztere Erklärung ist schwerwiegend. Der Bundessportausschuß ist gleichzeitig Vorsitzender des Steuerausschusses des Deutschen Reichsausschusses und arbeitet engstens mit den zuständigen Ministerien zusammen. Wenn also Linnemann darauf hinweist, daß in den letzten 1½ Jahren in der grundsätzlichen Auffassung von der Gemeinnützigkeit eine große Verschiebung eingetreten ist und erklärt, daß ein Verein „ausschließlich" gemeinnützig sein müsse, dann ist diese Erklärung die Feststellung des in dieser Frage berufensten sportlichen Steuerfachmannes Deutschlands. Im unmittelbaren Zusammenhang damit ist zu beachten, daß die Erklärung des engeren Vorstandes bei der Befassung des gegenwärtigen Zustandes klar die drohende Gefahr einer Gesamtbesteuerung aller Sportvereine aufzeigt. Das sind positive Ergebnisse der Berliner Tagung, an die die Oeffentlichkeit ebenso wenig wie jeder einzelne Vereinsführer vorbeigehen kann. Solche Erklärungen hat Linnemann sicher nicht ohne bestimmte Veranlassung abgegeben. Damit wächst die Verantwortung aller jener, die immer noch glauben, die Steuerfrage sei für die Gesamtlösung unbedeutend.

Eine weitere positive Feststellung dieser Tagung ist die süddeutsche Erklärung, die in ihrem Kern auf völlige Beseitigung aller sogenannten Amateurbestimmungen für die führenden Vereine hinzielte.

Das bedeutet, daß auch der Süddeutsche Verband für seine Spitzenklasse praktisch den Professionalismus fordert. Die beiden Verbände Süd und West sind also an sich in der Sache einig, nur noch nicht über den Weg.

Süd und West haben die Stimmenmehrheit auf dem Bundestag; beide Verbände haben (in der Sache!) auch die Unterstützung des engeren Bundessportausschusses. Unter diesen Umständen und angesichts der Tatsache, daß man sich auch in den anderen Verbänden den Darlegungen Linnemanns über die steuerliche Seite nicht verschließen und sich auf die Dauer nicht mit „Wohltätigkeitsunterstützungen" und „Spielerpflege" herausreden kann, erscheint es durchaus möglich, bis zum 28. Mai zu positiven Ergebnissen zu kommen."

Pferdesport

Rennen zu Cannes.

1. Rennen: 1. Hafis Prince Stringer, 2. Reparlac, 3. Prior. Sieg 62:10, Platz 15, 19, 14:10. Ferner: 6 Pferde.

2. Rennen: 1. Here I Am (Rhes), 2. Beaurre, 3. Capucine 3. Sieg 36:10, Platz 14, 14, 31:10. Ferner: 6 Pferde.

3. Rennen: 1. Maestro (Dunn), 2. Abricot 3. 3. Masca. Sieg 18:10, Platz 12, 18:10. Ferner: 3 Pferde.

4. Rennen: 1. Bellugaire (Bananenjute), 2. Titus, 3. Baoule. Sieg 83:10, Platz 33, 32:10. Ferner: 2 Pferde.

5. Rennen: 1. Darf Agnes (Kalley), 2. Yog, 3. Darf Storm. Sieg 41:10, Platz 22, 57:10. Ferner: 4 Pferde.

Witterungsbericht

)(Die Kaltluftzufuhr hat jetzt aufgehört. Bei wolkenlosem Himmel und ganz leichter Luftbewegung konnten die Temperaturen aber auch in der letzten Nacht wieder bis zu — 13 Grad sinken. Dagegen hat in der Höhe die Erwärmung weitere Fortschritte gemacht. Der Kahle Alten meldet nur noch — 9 Grad. Von zwei Seiten angegriffen, schrumpft das mitteleuropäische Hoch immer mehr zusammen. Westdeutschland liegt aber jetzt in der Nähe einer Divergenzlinie, welche das Westwindgebiet über Nordeuropa, das bis zur deutschen Ostseeküste reicht, von dem Einflußbereich eines über Spanien liegenden Tiefs trennt. Die Kaltluft wird sich daher bei der schwachen Luftbewegung in den unteren Schichten nur langsam fortträumen lassen.

Vorhersage für Samstag: Schwache, wechselnde Winde, zunehmende Bewölkung, stark dunstig und seitweise auch neblig. Nur langsame Frostmilderung.

Handel und Gewerbe

Inzahlungnahme von Reichsmark für Fremdwährungsforderungen

□ **Berlin**, 27. Jan. Der Reichswirtschaftsminister hat vor einiger Zeit der Auffassung Ausdruck gegeben, daß er die Inzahlungnahme von Reichsmark für eine Fremdenwährungsforderung durch einen deutschen Gläubiger nicht als eine genehmigungsbedürftige Verfügung im Sinne der Devisenvorschriften ansieht, sofern die Veranlassung zur Umstellung der Forderung auf Reichsmark der ausländische Schuldner und nicht etwa der inländische Gläubiger gegeben hat. Unter Aufrechterhaltung dieses Standpunktes ist neuerdings entschieden worden, daß auch die Vorschriften der Devisenverordnung vom 31. Mai 1932, wonach Devisen nicht zu einem höheren als dem amtlichen oder halbamtlichen Berliner Börsenkurse veräußert werden dürfen, in solchen Fällen nicht anwendbar sind, wenn die Umrechnung zu einem ungünstigeren Kurs erfolgt.

Protestreiks an französischen Börsen

Paris, 27. Jan. Am Anschluß an den Protestreik von Gehilfen der Börsenmakler der Pariser Effektenbörse haben auch die Agenten für den freien Alkoholverkauf an der Handelsbörse die Notierung verweigert, um gegen die Alkoholsteuer zu protestieren. In der Liller Handelsbörse wurde am Donnerstag ebenfalls gestreikt, sodaß die Getreidepreise nicht notiert werden konnten. Die Börsenmakler erklärten, daß sie augenblicklich für 1 v. H. des Umsatzes arbeiten, sodaß sie die vorgesehene Besteuerung in Höhe von 2 v. H. nicht tragen könnten, von der außerdem die Landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgeschlossen seien.

Berliner Börse

Gut gehalten.

Berlin, 27. Jan. Die Berliner Börse verzeichnete große Geschäftsstille. Man will die Klärung der gespannten innerpolitischen Lage abwarten. Das Publikum hielt sich völlig zurück, ebenso die Spekulation. Im großen und ganzen war die Börse gut gehalten.

Von den Montanwerten gaben Gelsenberg 1 Prozent her, Rheinstahl verloren 1¼ Prozent und Mannesmann 1 Prozent. Die übrigen Montanpapiere waren bis ½ Prozent schwächer. Rheinische Braunkohlen gaben weiter nach. Auch am Elektromarkt überwogen die Kursabschwächungen. RWE. verloren ½ Prozent und Siemens ¾ Prozent. Lahmeyer zogen 1 Prozent an. AEG. konnten sich eine Kleinigkeit bessern. Die Maschinenwerte lagen uneinheitlich. Von den Kaliwerten verloren Salzdetfurth 3 Prozent. Die Chemiewerte bröckelten allgemein ab. Etwas höher lagen Bembera und Alu von den Kunstseidenwerten, sowie Berger und Holzmann. Die Gas- und Motorenwerte waren rückgängig. Von den Brauereipapieren sanken Schultheiß um 1 Prozent. Charlottenburger Wasser und Tietz waren ebenfalls abgeschwächt. Schiffahrts- und Reichsbankanteile waren kaum verändert. Im Verlauf war die Haltung geschäftslos. Teilweise war eine kleine Befestigung zu verzeichnen. Gelsenberg gewannen ½ Prozent. Auch Hoesch, Ver. Stahlwerke und Mannesmann konnten sich leicht bessern.

Die Börse schloß gut gehalten. Gelsenberg war gegenüber dem Anfang 1 Prozent höher. Der Kassamarkt war ruhig. Der Anleihemarkt war sehr still. Altbesitz bröckelte leicht ab, während Neubesitz gut gehalten war. Pfandbriefe und Kommunalobligationen waren größtenteils schwächer. Dagegen zeigte sich für Stadtanleihen mehr Interesse. Landschaften waren kaum verändert. Schuldbuchforderungen waren im Laufe der Börse erholt. Am Geldmarkt machte sich der bevorstehende Ultimo bemerkbar. Tagesgeld zog schon etwas an und notierte 4¾—4½ Prozent. Der Privatdiskont blieb mit 3¾ Prozent in der Mitte unverändert.

Düsseldorfer Börse

Schwach.

Düsseldorf, 27. Jan. Die Düsseldorfer Börse eröffnete heute wiederum schwach. Das Geschäft bewegte sich in kleinen Grenzen. Am Terminmarkt verloren Gelsenberg und Harpen je 1 Prozent. Rheinische Braunkohlen gaben 1¾ Prozent her. Die Kaliwerte sanken bis um 1¾ Prozent. Der Kurenmarkt war bei stillem Geschäft meist gut behauptet. Die Kohlenwerte waren geschäftslos. Am Kohlenaktienmarkt gingen Lothringen zu etwas höheren Kursen um. Die Braunkohlenwerte waren ohne Umsatz. Von den Kalisorten verloren Hope von der Aschersleben-Gruppe 200 Mark. Beienrode wurden zu unveränderten Kursen umgesetzt. Die Kaliaktien waren geschäftslos. Am Industrieaktienmarkt waren Eisenhütten bis 1 Prozent höher. Von den Dollarbonds wurden Ver. Stahlwerke gehandelt. Der Schluß der Börse war ruhig.

Warenmärkte

Hamburger Getreidemarkt.

Hamburg, 27. Jan. Es notierten: Weizen 19.20 bis 19.40, Roggen 15.30—15.40, Wintergerste 16.20—16.40, Sommergerste 16.40—16.70, Donaugerste 6.60—6.70, Hafer 12.40—13, Weizenmehl, Auszug hiesiger Mühlen 34.75, dto. Bäckermehl 29.25, dto. inländisches Auszugsmehl 31.50 bis 34, dto. 70 Prozent 25.50—28, Roggenmehl hiesiger Mühlen 23.75—24.50, dto. grob 18.25—19, dto. 65/70 Prozent 22.25 bis 23.75, dto. grob 17.25—18.25 RM. Tendenz: ruhig.

Hamburger Warenmarkt.

Hamburg, 27. Jan. Am Kaffeemarkt waren Santos- und Rio-Offerten unverändert. Der Terminmarkt blieb ruhig. Am Platz war der Ablauf nach dem Inland etwas lebhafter. — Der Zuckermarkt war weiterhin ruhig und stetig. — Der Reismarkt verzeichnete etwas besseres Geschäft bei unveränderten Preisen. — Am Hülsenfruchtmarkt waren lediglich Viktoria-Erbsen gefragt. Die übrigen Artikel waren geschäftslos. Es notierten: Schmalzbohnen 22—24, Langbohnen 18, Mittelbohnen, handverlesen, 18, Japanbohnen 16.50, Chilebohnen 16.75, grüne Erbsen mit Schale 38 bis 42, gelbe Viktoria-Erbsen 28.50, grüne Erbsen, geschält, 46, grüne Splitterbsen 37, gelbe Erbsen, geschält, 29.50, gelbe Splitterbsen 26, kleine Russenlinsen 22—30, Mittellinsen 32—38, große Linsen 40—44, Ebsenlinsen 32 bis 40 Mark für die 100 Kilogramm. — Der Kakaomarkt war lustlos. — Der Gewürzmarkt war still. — Die Märkte für Schmalz und Oele waren ruhig.

Rundfunk-Programm

Samstag, den 28. Januar 1933.

6,45 **Leibesübungen.** Dr. Ludwig Bach: Atmungs- und Haltungsgymnastik.
7,00 **Wettervorhersage und Zeitangabe.**
7,05 **Morgenkonzert.** 1. Ave Maria (Arcadelt). 2. Ouvertüre zu „Abu Hassan" (Weber). 3. Londonderry Air (Altirische Volksweise). 4. Schwerterweihe aus der Oper „Die Hugenotten" (Meyerbeer). 5. Etudiantina, Konzertwalzer (Waldteufel). 6. Melodien aus der Oper „Zar und Zimmermann" (Lortzing). 7. Slawische Tänze Nr. 8 und 16 (Dvorak). 8. Potpourri aus der Operette „Schwarzwaldmädel" (Jssel). 9. a) Kirschblüte, Intermezzo (Albert), b) Roter Mohn, Intermezzo (Siede). 10. Csardas (Monti).
8,00 **Wiederholung der Wettervorhersage, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.**
Anschließend **Funkwerbung** mit Schallplatten.
9,00 **Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft** der Lehrer an Berufs- und Fachschulen. Direktor Schuth: Rationalisierung und gewerblicher Lehrling in Industrie und Handwerk, gezeigt an Unterrichtsbeispiel. Handschweißen oder neuere Schweißverfahren?
9,45 **Gymnastik für Frauen.** Hilde Bremus.
10,00 **Erste Meldungen, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.**
10,15 **Mensch und Welt.** Gemeinschaftsempfang für Arbeitslose.
11,20 **Deutschkundlicher Schulfunk** für die Oberstufe höherer Lehranstalten. Wilhelm Schäfer spricht über das Entstehen seiner Dichtung. Einführende Worte: Oberstudienrat Dr. Wilhelm Schneider.
12,00 **Unterhaltungskonzert** des Westdeutschen Kammerorchesters, Leitung: Spitz. 1. Delirien-Walzer (Strauß). 2. Fantasie aus der Oper „Der Bajazzo" (Leoncavallo). 3. Melodien aus der Operette „Die Blume von Hawai" (Abraham).
12,50 **Wetterbericht, Zeitangabe und Mittagsmeldungen 1.**
13,00 **Mittagskonzert,** Leitung: Wolf, Solist: Werner Schupp (Tenor), Begleitung: Grape. 1. Hoch- und Deutschmeistermarsch (Ertl). 2. Die Schlittschuhläufer, Walzer (Waldteufel). 3. Ouvertüre „Vivat Academia" (Zimmer). 4. Lieder für Tenor: a) Es muß ein Wunderbares sein (Liszt), b) O komm im Traum (Liszt), c) Nacht und Träume (Schubert), d) Die Post (Schubert), e) Der Musensohn (Schubert). 5. Ballettsuite aus der Oper „Die Königin von Saba" (Gounod). 6. Hokuspokus, lustige Ouvertüre (Leuschner). 7. Beliebte Themen von Joh. Strauß, Millöcker und Suppe (Ziehrer).
Gegen 14,00 **Mittagsmeldungen 2.**
14,35 **Wochenend-Konzert,** Schallplatten.
15,30 **Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.**
15,50 **Kinderstunde.** Els Vordemberge: Die kleinen Musikanten.
16,10 **Deutsches Vaterland.** Friedrich Griese: Die deutsche Ostsee.
16,30 **Englische Lesestunde.** Oberstudienrat Prof. Hose.
17,00 **Beiperkonzert.** Bezirks-Konzert des Deutschen Arbeiter-Mandolinisten-Bundes, Bezirk Rheinland; Leitung: Josef Urban; Solisten: Franz Otto (Mandoline), Marga Bäuml (Gitarre). 1. Vier Trentino, Walz (Sartori). 2. Auf einem persischen Markt (Ketelbey). 3. Großes Konzert (Munier) 4. In Treue fest, Marsch (Teike).
17,25 **Bei Jean Gilbert.** Josef Witt (Tenor), Martha Kleinberger (Sopran), Westdeutsches Kammerorchester, Leitung: Spitz. Verbindende Worte: Paul Heinrich Gehln.
18,20 **Was jeder wissen sollte.** Dr. W. Born: Hauszinssteuerstundung und Hilfsbedürftigkeit.
18,40 **Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.**
18,50 **Frauenstunde.** Hilda Senff: Körperliches Verhalten bei der Arbeit.
19,10 **Zeitfragen des Handwerks.** Dr. Bruno Antweiler: Steuerfragen des Handwerks.
19,25 **Lebende Dichter.** Wilhelm Schäfer: Der falsche Patient.
20,00 **Oeffentlicher lustiger Abend zum Besten der** Winterhilfe des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Neumann. Das Kleine Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Enjoldt. Else Schmitz, Willi Bolesko, Josef Graef, Alfred Heinen, Hermann Hell, Jupp Hussels, Eugen Rex, Heinrich Stengel, Hans Woda.
22,30 **Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.**
22,45 **Nachtmusik,** Leitung: Wolf.
24,00 **Meister des Jazz.**

Rundfunkhören

gehört heute mehr denn je zum täglichen Leben!

Sie erhalten heute schon für Mk. 107.50 einen Qualitäts-Empfänger mit wundervollem Lautsprecher. Unverbindliche Vorführung auch jeden anderen Systems, auf Wunsch in Ihrer Wohnung durch

JULIUS BERKE, Herne, Bahnhofstr. 77.

— Ruf 513 05. —

Sonntag, den 29. Januar 1933.

7,00 **Choral:** Nun danket alle Gott (Krüger).
7,05 **Hamburger Hafenkonzert.** Frühkonzert auf dem Dampfer „Mohte Rosa" der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. 1. Indra-Marsch (Flotow). 2. Hochzeit der Winde, Walzer (Hall). 3. Die Friedenstaube, Intermezzo (Linde). 4. Potpourri aus der Operette „Die Rose von Stambul" (Fall). 5. Unter dem Sternenbanner, Marsch (Sousa). 6. Heinzelmännchens Wachtparade, Intermezzo (Noack). 7. a) Treu deutsch, Marsch (Teike), b) Fliegermarsch (Dostal).
8,15 **Landwirtschaftliche Rundschau.**
8,30 Hochschullektor Dr. Jesse: **Italienische Unterhaltung.**
9,00 **Uebertragung des Geläutes aus der Trinitatiskirche, Köln.**
9,05 **Evangelische Morgenfeier.** Leitung und Ansprache: Pfarrer Freytag, Unna i. W. Soloquartett für Kirchengesang: Prof. Röthig; Leitung Dr. Kurt Taut, Leipzig; Gertrud Kubel (Sopran), Elisabeth Taut-Röthig (Alt), Albrecht Linke (Tenor), Karl Tränkner (Baß); Chor der Freiherr-vom-Stein-Schule Münster. Musikalische Leitung: Stud.-Rat Karl Seubel, Münster. „Wie schön leuchtet der Morgenstern". 1. Orgel: Der Tag, der ist so freudenreich (Bach). 2. Eingangswort: 2. Petr. 1, 2, 1. Tim. 3, 16. Evang. Joh. 3, 16. 3. Solequartett: Ein Kindelein so löbelich (Gesangb. Nr. 349). 4. Schriftvorlesung: Jesaia 60, 1—3. Psalm 33, 4, Evangel. Luc. 1, 78—79. 5. Soloquartett: Geboren ist Immanuel. 6. Schriftvorlesung: 2. Cor. 4, 6, Evang. Joh. 1, 5, 9, 8, 12, 12, 35—36, 2. Petr. 1, 19. 7. Orgel: Wie schön leuchtet der Morgenstern (Buxtehude). 8. Mädchenchor (zweistimmig mit Continuo): Wie schön leuchtet der Morgenstern, Str. 1. 9. Ansprache: 1. Teil, Evang. Joh. 1, 4. 10. Chor: Wie schön leuchtet der Morgenstern, Str. 2. u. 3. 11. Ansprache: 2. Teil. 12. Chor: Wie schön leuchtet der Morgenstern, Str. 4 und 5. 13. Segenswort: 1. Petr. 5, 10—11, 1. Tim. 1, 17, Psalm 67, 2. 14. Chor: Wie schön leuchtet der Morgenstern, Str. 6 u. 7. 15. Orgel: Wie schön leuchtet der Morgenstern (Bach).
10,15 **Besuch am Krankenbett.**
11,00 **Lebende Dichter.** Rudolf G. Binding: Das Märchen vom Walfisch.
11,30 **Kundgebung des Katholischen Deutschen Frauenbundes und der Stadt Aachen aus Anlaß des Festes** Karls des Großen im Kaisersaal zu Aachen. 1. Egmont-Ouvertüre (Beethoven). Städt. Orchester Aachen. Leitung: Generalmusikdirektor Dr. Raabe. 2. Ansprache des Universitätsprofessors Dr. Gibl, Wien: „Die Sendung der Deutschen im Wandel der Zeiten". 3. Schlußsatz der 5. Sinfonie C-Moll (Beethoven). Städt. Orchester, Aachen.
12,20 **Meister des Reiseberichts.** Victor Meyer-Eckhardt: Fußwanderung durch Capern.
12,45 **Musik der Woche.** Hans Ebert.
13,00 **Mittagskonzert.** Leitung Wolf. 1. Kriegsmarsch der Priester aus „Athalia" (Mendelssohn). 2. Konzertwalzer E-Dur (Moszkowitz). 3. Ouvertüre zur Oper „Die Stumme von Portici" (Auber). 4. Rhapsodische Fantasie (Urbach). 5. a) Melodie (Rubinstein), b) Torero und Andalusierin (Rubinstein). 6. Melodien aus Bizets Werken (Urbach). 7. Aufzug der Stadtwache, Charakterstück (Jessel). 8. Potpourri aus der Operette „Der Zarewitsch" (Lehar). 9. Etudiantina-Walzer (Waldteufel).
14,30 **Deutsche Einheitskurzschrift.** Hans Molitor.
14,50 **Schachfunk.** Dr. A. van Rüß.
15,20 **Zeitfragen der deutschen Landwirtschaft.** Dipl.-Ing. Fritz Spieker: Technisch praktische Ausbildung der Landbevölkerung.
15,45 Dr. Willi Kahl: **Frühvollendete Musiker (2).**
16,10 **Natur und Geist.** Universitätsprofessor Dr. Robert Wintgen: Das heutige Arbeitsgebiet der Chemie und der chemischen Grundbegriffe.
16,30 **Beiperkonzert** des Städtischen Kurorchesters Baden-Baden. Leitung: Karl Aßmus. 1. Andante und Menuett aus der Orforder Sinfonie (Haydn). 2. Slawische Rhapsodie (Dvorak). 3. a) Wiegenlied, b) Ständchen (Schubert).
17,00 **Kammerkonzert des Rundfunkorchesters.** Leitung: Hans A. Winter mit Li Stadelmann, Marie Fahmüller, Liselotte Oehlert, Anna Schuh (Cembalo), August Wenzinger (Gambe). 1. Konzert für drei Cembalo und Orchester (Bach). 2. Konzert für Gambe und Streicher (Tartini). 3. Konzert für vier Cembalo und Orchester (Vivaldi-Bach).
18,05 **Die Welt auf der Schallplatte.** Dr. Erich Fortner: Volk in Steiermark (Neue Folge).
18,40 **Wirtschaft und Kultur.** Studienrat Rauk: Der Weg der Seide.
19,00 **Eine Stunde Kurzweil.**
19,45 **Sportvorbericht.**
20,00 **Alles nebeneinander.** Abendunterhaltung. 1. Wiener Capriccio / Synkope (Kreisler). 2. Ball bei Hof, Walzer (Ziehrer). 3. Melodien aus dem Singspiel „Wo die kleinen Veilchen blühen" (Stolz). Das Kleine Orchester des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Enjoldt.
20,30 **„Der wirklich feine Mann in allen Lebenslagen".** Heitere Folge aus alten und neuen Anstandsbüchern und Liebesbriefstellern von Hanns John und Robert A. Stemmle. Musik von Georg Blumensaat. Leitung: Sistig. 1. Katastrophe: Liebeserklärung nach Rezept. 2. Katastrophe: Onkel Ludwig hält eine Festrede. 3. Katastrophe: Der Apropos-Anekdoten-Erzähler. 4. Katastrophe: Er und sie erzählen einen Witz. 5. Katastrophe: Die Ballade vom Sonntagskavalier. 6. Katastrophe: Frau Oberamtsekretär hat einen neuen Hut gekauft.
21,15 **Alte und neue Märsche.** Das Blasorchester des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Kühn. 1. Marsch des 1. Bataillons Garde. 2. Marsch des Yorkschen Corps (1813). 3. Petersburger Marsch (1837). 4. Alexander-Marsch (Leonhardt). 5. Helenen-Marsch (Lübbert). 6. Parademarsch (Möllendorf). 7. Gardejäger zu Pferde, militärisches Charakterstück (Linde). 8. Unter dem Gardestern (Möller). 9. Frischer Mut, leichtes Blut (Blon). 10. Kreuz und Krone (Becker). 11. Die Wache zieht auf, Potpourri (Kochmann). 12. Abschied der Gladiatoren (Blankenburg). 13. Der Gott, der Eisen wachsen ließ (Brase).
22,10 **Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.**
22,30 **Kammermusik.** Das Streichquartett des Westdeutschen Rundfunks: Rhein, Schwarz, Ringnalda, Grote. Streichquartett G-Dur Nr. 14, K. V. 387 (Mozart).
23,00 **Tanzmusik.** Leitung: Enjoldt.

Union **Heinrich Schlenkhoff** G.m.b.H. Kohlen Koks Briketts Anthrazit Ruf: **50241**

Lieferung ab Lager Grabenstr. 14

Anträge über Aufhebung der Bürgersteuer und Einführung der Arbeitswechsel ab.

Reichskommissar Dr. Gereke

trat mit aller Entschiedenheit der in der Oeffentlichkeit und in der Debatte geäußerten Auffassung entgegen, als ob sich

das öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gegen die Interessen der Privatwirtschaft

richte. Durch das öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm soll gerade ein Teil der Sachausgaben der öffentlichen Hand, die sonst der Privatwirtschaft zugeflossen, dieser aber jetzt durch die notwendigen Etatskürzungen verloren gegangen sind, wieder erleyt werden. Auch das Bedenken, daß viele Gemeinden von den angebotenen Darlehen nicht genügend Gebrauch machen könnten, ist ungerechtfertigt. Die Gemeinden erfahren eine gewisse Entlastung dadurch, daß in erster Linie

Wohlfahrtserwerbslose für die Ausführung dieser Arbeiten

eingestellt werden müssen. Derartig günstige Bedingungen sind den Gemeinden bisher noch nicht für Darlehen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewährt worden.

Die Verteilung der Gesamtsumme von 500 Millionen,

die zunächst im Rahmen des Sofortprogramms zur Verfügung stehen, ist in der Weise vorgesehen, daß für die Zwecke des Reiches und der Reichsbahngesellschaft etwa 100 Millionen, für die Zwecke der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und gemischtwirtschaftlichen Betriebe etwa 400 Millionen RM. zur Verfügung gestellt werden. Die neuerdings zur Verfügung gestellten 50 Millionen RM. für Zwecke der Hausreparaturen sind in den 500 Millionen nicht enthalten, dagegen ist es bei den 40 Millionen für die Zwecke der Stadtrandsiedlung der Fall. Von besonderer Bedeutung für den Erfolg dieses Sofortprogramms ist es, daß die Arbeiten selbst sofort nach Beendigung der Frostperiode beginnen können. Ich hoffe, daß noch im Februar erhebliche Aufträge an die Industrie für Materialbeschaffung herausgegeben können, die noch während der Frostperiode ausgeführt werden.

Die Einberufung des Ausschusses zu der nächsten Sitzung ist dem Vorsitzenden überlassen worden.

*

Der Zanuschauer rechtfertigt sich

Eine Erklärung Oldenburgs zu den Vorwürfen in der Osthilfe-Angelegenheit.

= **Berlin, 27. Jan.** Kammerherr v. Oldenburg-Januschau beschäftigt sich in einem Artikel in den Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei mit den Vorwürfen, die gegen ihn und anderen Landwirten im Zusammenhang mit der Osthilfe gemacht worden sind.

Er habe eine Million RM. Pfandbriefe auf seinen Gütern gehabt, ohne daß sein Kredit darunter gelitten habe und er werde auch nicht darunter leiden, wenn er halb so viel Industrieobligationsschulden habe. Es sei Unsinn, daß er ein Gut gekauft habe mit Geldern der Osthilfe. Er habe vor vier Jahren ein Gut gekauft und habe vor einem Jahre den Sicherungsschutz in Anspruch genommen, da inzwischen der Zusammenbruch der Landwirtschaft erfolgt sei, mit der Unmöglichkeit, irgend einen Realkredit zu erhalten oder ein Gut verkaufen zu können. Es sei Unsinn, daß man mit einem Gut sich unter Schutz stellen könne, wenn man mehrere Güter habe. Der Gesamtbesitz stehe dann unter Schutz und hafte für die Beleihung. Es sei Unsinn, daß man Geld von der Industriebank bekomme zur beliebigen Verwendung. Die Industriebank bezahle die Schulden direkt an die Gläubiger. Es sei Unsinn, daß man vom Staat Geld geschenkt bekomme, man bekomme es geliehen gegen 5 v. H. Zinsen inklusive Amortisation.

Immerhin hat die Reichsregierung neuerdings nicht unbeträchtliche Mittel eingesetzt, die vornehmlich dem Handwerk zugute gekommen sind. Mit 3,7 Millionen Beschäftigten hat das Handwerk an der Gesamtzahl der in der gewerblichen Gütererzeugung tätigen Personen einen Anteil von 29 Prozent und ist an der Zahl der Erwerbstätigen überhaupt mit fast einem Zehntel beteiligt.

Die Aussprache

Dann sprach der Vorsitzende des Reichsverbandes des Deutschen Schlosserhandwerks, Obermeister Francois-Magdeburg, zum Thema der

Arbeitsbeschaffung.

Er sagte, das Handwerk müsse die **Beseitigung der Hauszinssteuer fordern.** Das Handwerk fordere **weiter stärkere Berücksichtigung bei der Vergebung von Arbeiten insbesondere durch die Reichspost, die Reichsbahn und die Heeresverwaltung.** Es erhebe Einspruch gegen die Maßnahmen vieler Gemeinden, die in dieser Notzeit Handwerkerrechnungen nicht bezahlten, und gegen den durch Notverordnung geschaffenen Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft.

Der Präsident der Handwerkskammer Bayreuth, Baumeister Keil, referierte über das Thema

Schwarzarbeit.

Er bezeichnete die Schwarzarbeit als das Krebsübel in der Notlage des Mittelstandes.

Ueber die **Einschränkung der Gewerbefreiheit** sprach der Drechsler-Obermeister Feuerbaum-Dortmund als Vorsitzender des Westfälisch-Lippischen Handwerksbundes.

Obermeister Kunzsch-Dresden als Vorsitzender des Landesausschusses des sächsischen Handwerks sprach über **öffentliche Hand, Arbeitsdienst und Siedlung.**

Die Kundgebung des Reichsverbandes fand nach Beendigung der Aussprache ihren Abschluß in der Annahme einer

Entschließung,

in der auf die Notlage des deutschen Handwerks hingewiesen wird. Weiter wird auf die Folgen der Schwarzarbeit für das Handwerk aufmerksam gemacht und mit Nachdruck die immer wieder verlangte Berücksichtigung der Belange des gewerblichen Mittelstandes durch eine eigene enge Verbindung zur Reichsregierung gefordert. Am Schluß der Entschließung heißt es:

„Das Handwerk sieht sich nicht länger in der Lage, die Mißachtung seiner Rechte und des ihm in der Verfassung zugesicherten Schutzes zu ertragen. Den Führern im Handwerk ist es nicht möglich, den Unmut ihrer Schutzbefohlenen länger niederzuhalten und Ausbrüchen der Verzweiflung vorzubeugen. Wir warnen deshalb in letzter Stunde vor den Folgen einer weiteren Vernachlässigung des Handwerkerstandes. Wir verlangen Arbeit zu erträglichen Preisen und würdigen Bedingungen, damit die selbständigen Handwerker ihre Pflichten gegenüber ihren Familien, ihren Mitarbeitern und gegenüber dem Staate erfüllen können."

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute eine Abordnung des deutschen Handwerks. Sie berichtete dem Herrn Reichspräsidenten über die Lage des deutschen Handwerks und unterbreitete Vorschläge zur Besserung des vorhandenen Notstandes.

Hotel in Detmold niedergebrannt

☆ **Detmold, 27. Januar 1933.**

Im Erdgeschoß des dreistöckigen Hotels „Zur Traube" brach am Freitagfrüh um 3 Uhr ein Großfeuer aus, das sich binnen kurzer Zeit auf alle drei Stockwerke ausdehnte. Die im Hotel wohnenden 15 Personen, die zum Teil in tiefem Schlaf lagen, flohen auf das Dach und sprangen von dort aus auf die niedriger liegenden Dächer der Nebenhäuser. Mehrere Kabarettkünstler, die in dem Hotel ihr Heim hatten, konnten sich jedoch nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen. Das Gebäude ist vollständig ausgebrannt. Die Feuerwehr hatte bei der starken Kälte sehr schwere Arbeit, weil die Schlauchleitungen dauernd zufroren und die Uniformen vereisten. Die Brandursache dürfte auf Ueberheizung des im Gastzimmer stehenden Ofens zurückzuführen sein.

Die Artistin Gertrud Skiniki liegt mit sehr schweren Verletzungen im Krankenhaus. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Bei der Schwerverletzten, die nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus gestorben ist, handelt es sich um die Artistin Erna Kramer aus Berlin, deren Gatte ebenfalls sehr schwer verletzt im Krankenhaus liegt. Vermißt wird noch die Schwiegertochter des Hotelbesitzers Dettmer. Es wird befürchtet, daß die junge Frau in den Flammen umgekommen ist. Bei den im Krankenhaus liegenden 11 Schwerverletzten handelt es sich in der Hauptsache um Tänzerinnen der Kabarett-Truppe Kramer aus Berlin. Das gesamte **Gepäck der Artistinnen ist bei dem Brand vernichtet worden.**

☆ **Detmold, 27. Jan.** Während die Feuerwehr noch mit der Löschung des Brandes im Hotel „Zur Traube" beschäftigt war, brach in dem benachbarten Dorf Heiligenkirchen Feuer aus. Das im Jahre 1732 erbaute Fachwerkhaus des Köllerhofes und die angrenzenden Stallungen waren bald in ein riesiges Flammenmeer verwandelt und brannten nieder. Trotz Einsatzes der Detmolder Motorspritze sind auch die Erntevorräte mitverbrannt. Nach den bisherigen Feststellungen ist ein Schaden von etwa 100 000 RM. entstanden. Das Feuer ist wahrscheinlich durch eine schadhafte Stelle im Schornstein entstanden. Das Vieh erlitt teilweise Brandwunden.

☆ **Detmold, 27. Jan. Bei dem Brand im Hotel „Zur Traube" sind nach den bisherigen Feststellungen drei Todesopfer zu beklagen. Neben der Frau des Artisten Kramer aus Berlin ist nunmehr auch die schwerverletzte Artistin Gertrud Skiniki aus Essen im Krankenhaus gestorben. Die vermißte Frau Dettmer, die Schwiegertochter des Hotelbesitzers, wurde gegen 2,30 Uhr vollkommen verkohlt unter den Trümmern aufgefunden. Der Mann der Artistin Kramer schwebt noch in Lebensgefahr. Die übrigen 11 Schwerverletzten befinden sich außer Lebensgefahr.**

Verkehrsblockade in Wien

Autodroschken versperrten das Wiener Stadtzentrum

☆ **Wien, 27. Januar 1933.**

Ganz plötzlich ist eine von den Autodroschkenbesitzern angekündigte Demonstration durchgeführt worden, die den gesamten Verkehr in der Wiener Innenstadt lahmlegt und den Gesamtverkehr stark beeinträchtigt. Gegen 15 Uhr füllten sich die Verkehrsknotenpunkte der Innenstadt plötzlich mit Autodroschken, die aus verschiedenen Richtungen herankamen und

an den Knotenpunkten stehen blieben

und damit auch fremde Wagen sowie Lastfuhrwerke mit einschlossen. Mit einem Schlage war dadurch der Verkehr in der Innenstadt völlig lahmgelegt. Der Stephansplatz und der Platz vor der Hofburg wurden ebenso von Autos versperrt wie die Straßen, die von diesen Plätzen und aus der Innenstadt herausführen. Da die Ausgänge in der Innenstadt sehr eng sind, war der Plan mit einem Einsatz von verhältnismäßig schwachen Kräften durchzuführen. Bei den Autodroschkenbesitzern handelt es sich darum, eine Ermäßigung der drückenden Steuern und die Einstellung der Zwangseintreibungen zu erreichen.

Die Verkehrsblockade der inneren Stadt durch die Autodroschken hat den Staat zum Einsatz seiner gesamten Machtmittel gezwungen. Nicht nur die gesamte Polizeimacht, etwa 7000 Mann, war in Alarmbereitschaft zum großen Teile auf den Straßen, sondern

auch die Wiener Garnison wurde alarmiert.

Die öffentlichen Gebäude sind in den späten Nachmittagsstunden von Militär besetzt worden. Gegen 17 Uhr räumte die Polizei mit Gewalt die Zufahrtsstraßen zum Platze „Am Hof", auf dem sich die Feuerwehrzentrale befindet. Unter Zuhilfenahme von Verstärkungen des Bundesheeres wurden allmählich die Autodroschken in die Nebenstraßen und auf die Parkplätze weggeschoben. Soweit die Wagen von den Lenkern verlassen worden sind, werden sie von Kraftwagen des Bundesheeres auf die Standplätze in den äußeren Bezirken abgeschleppt. Gegen 19 Uhr war der Weg durch die innere Stadt frei.

Nachmittags kam es zu Kundgebungen gegen den Bundeskanzler, der mit seinem Auto in eine Sperre der Autodroschken geraten war. Auch vor dem Finanzministerium, bei dem eine Abordnung der Autodroschkenbesitzer vorsprechen wollte, kam es zu lärmenden Kundgebungen, als der Finanzminister die Abordnung nicht empfing. Der elfgliedrige Ausschuß, der die Blockade der inneren Stadt organisiert hatte, wurde verhaftet. Insgesamt hatten 800 bis 1000 Autodroschken die Verkehrsblockade der Innenstadt durchgeführt.

Die Reichshilfe für das Handwerk

Weiterer Zuschuß für die Kreditgenossenschaften

= **Berlin, 27. Januar 1933.**

Der Reichsverband des deutschen Handwerks veranstaltete heute vormittag eine öffentliche Kundgebung, zu der u. a. Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold, der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, Reichskommissar für das Handwerk und Kleingewerbe Ministerialrat Dr. Hoppe und verschiedene Reichstags- und Landtagsabgeordnete erschienen waren. Der Tagung überbrachte

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold

die Grüße der Reichsregierung. Zu den vielfach erhobenen Vorwürfen, daß die Regierung das Ausmaß der wirtschaftlichen und seelischen Not im Handwerk und im gesamten Mittelstand nicht kenne, und daß sie dieser Not tatenlos zusehe, erklärte er, daß diese Vorwürfe nicht berechtigt seien. Die Regierung sei über die Lage des Handwerks völlig unterrichtet.

Zu Gunsten der gewerblichen Genossenschaften hat die Reichsregierung

Bürgschaften im Rahmen von 65 Millionen RM.

zur Verfügung gestellt. Weiterhin sind diesen gewerblichen Kreditgenossenschaften **32 Millionen RM. als verlorene Zuschüsse zugeführt worden,** und die Reichsregierung hat beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen, diese Hilfe

um einen letzten, weiteren verlorenen Zuschuß in Höhe von 28 Millionen RM. zu erweitern.

Zur Deckung derjenigen Verluste gewerblicher Genossenschaften, die aus ihrem landwirtschaftlichen Kreditgeschäft erwachsen sind, werden im Zuge der Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften 20 Millionen RM. verwendet werden. Für die sogenannte Kleinkreditaktion hat die Reichsregierung der Bank für Deutsche Industrieobligationen

40 Millionen RM. in Form von Reichsschatzanweisungen

zugeführt, um Kredite an das mittlere und kleine Gewerbe zu ermöglichen. Die für die Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden bereitgestellten 50 Millionen Reichsmark, deren Erhöhung um weitere 50 Mill. RM. zugesagt ist, werden vornehmlich den handwerklichen Betrieben zugutekommen. Arbeitsbeschaffung dieser Art ist die beste und vordringlichste Hilfe für das Handwerk. Keine Regierung könne den Mittelstand davon befreien, so führte der Minister weiter aus,

die Not der Gesamtwirtschaft zu seinem Teil mitzutragen.

Bei der Erwägung wirtschaftspolitischer Maßnahmen müsse die Reichsregierung die Wirkung auf die Gesamtheit prüfen und die Rücksicht auf das Ganze entscheidend sein lassen. Diese Pflicht sei um so eindringlicher, je größer die wirtschaftliche Not allenthalben sei und je unerbittlicher sie jede Schicht der Bevölkerung erfasse. Unter diesem Gesichtspunkt werde die Reichsregierung auch den Wünschen des Handwerks näher treten und werde diese Wünsche mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit prüfen.

Der Präsident des Instituts für Konjunkturforschung, Prof. Dr. Wagemann, sprach über

„Handwerk und Volkswirtschaft"

Er sprach über die Wandlungen des Handwerks durch die Technik. Die technischen Maßnahmen, die das Handwerk zur Anpassung an veränderte Produktionsbedingungen in der Nachkriegszeit getroffen hat, so sagte Redner, spiegeln sich darin wider, daß von den Gesamtinvestitionen des Handwerks in den 5 Jahren 1924—1928 von etwa rund 1,27 Milliarden RM. rund 705 Millionen Reichsmark auf Anlagenausbau entfallen. Die handwerkliche Neuinvestition machte somit in den Jahren 1924 bis 1928 etwa ein Siebentel der gesamten industriellen Neuinvestition aus.

Die Wirtschaftsstärke des Handwerks

bewährt sich besonders in der Krise. Es ergibt sich nämlich, **daß das handwerkliche Umsatzvolumen im vergangenen Wirtschaftsabschwung weniger stark gesunken ist als die industrielle Bruttoproduktion.** Die gewerbliche Bruttoproduktion ist 1931 auf einen Stand gesunken, der um 40 Prozent unter 1928 liegt; im Handwerk dürfte der Rückgang dagegen schätzungsweise nur etwa 30 Prozent betragen haben.

Während der Staat der Großwirtschaft vielfach mit Subventionen beispringen mußte, hat er

das Kleingewerbe weit mehr auf Selbsthilfe gestellt.

Auto im Eis eingebrochen

Ein Fahrgast dank seiner Geistesgegenwart gerettet

□ **Stralsund, 27. Jan.** Ein Kraftwagen, der von dem 25jährigen Autotaxenunternehmer Krüger gesteuert wurde, geriet zwischen Altfähr und Stralsund auf dem zugefrorenen Ostseearm Strelasund in eine offene Stelle. Im nächsten Augenblick war der Wagen unter der Eisdecke im Strom verschwunden. Die Tiefe beträgt hier etwa 10 bis 12 Meter. Der eine Fahrgast, ein Pferdehändler aus Stralsund, hatte auf dem Grund des Sundes die unglaubliche Geistesgegenwart, die Tür des Autos zu sprengen. Durch den Auftrieb des Wassers wurde er an die Oberfläche gebracht und zwar zuerst unter das Eis. Es gelang ihm aber, bis zur eingebrochenen Stelle zu kommen. Mit den Händen klammerte er sich an das Eis und mit den Zähnen hielt er sich an einem ihm von Fußgängern zugeworfenen Mantel fest. So konnte er gerettet werden. Die Versuche, auch die beiden anderen Insassen des Autos aus ihrem furchtbaren Gefängnis zu befreien, mußten erfolglos abgebrochen werden, obwohl auch Berufsfeuerwehr aus Stralsund mit Leitern und Bootshaken arbeitete.

Das Eis auf dem Strelasund war Donnerstag von der Polizei lediglich erst für den Fußgängerverkehr freigegeben worden. Vor dem Befahren mit Fahrzeugen war ausdrücklich gewarnt worden.

Vereisung der holländischen Gewässer

☆ **Amsterdam, 27. Jan.** Infolge der anhaltenden Kälte haben die Verkehrsschwierigkeiten in den holländischen Gewässern stark zugenommen. Auf dem Rhein bei Arnheim herrscht starker Eisgang. Auf der Lek, die teilweise zugefroren ist, sind 24 Fahrzeuge eingefroren. Drei Eisbrecher sind beschäftigt, sie frei zu bekommen. Auf der Waal bei Nymwegen mußte der Fährdienst eingestellt werden. Das Eis auf dem Maas-Waal-Kanal ist stellenweise 20 Zentimeter dick. Auch die Maas bei Maastricht ist vollkommen zugefroren. Auf der alten Maas bei Dordrecht sind zwei Schleppzüge eingefroren. Von den Inseln sind Texel, Ameland und Schiermonnikoog vom Eis eingeschlossen.

In Sibirien 40 Grad Kälte

☆ **Moskau, 27. Jan.** In Rußland wird eine neue Kältewelle erwartet. In Irkutsk ist die Temperatur unter 40 Grad gesunken. Die Behörden haben in den Straßen der Stadt offene Feuer angelegt, um die Menschen vor dem Erfrieren zu retten.

Die Heuschreckenplage in Brasilien

Eine Stadt muß teilweise geräumt werden

□ **Rio de Janeiro, 27. Januar 1933.**

Nachdem schon vor kurzem aus Argentinien über große Verheerungen berichtet wurde, die dort in einigen Landstrichen von Heuschreckenschwärmen angerichtet wurden, wird jetzt aus Porto Alegro gemeldet, daß die Heuschreckenschwärme bereits in das Gebiet des Staates Rio Grande do Sul eingebrochen und im Munizip Alegrete im Südosten des Staates niedergegangen sind. Die Felder des Munizips wurden völlig vernichtet, in die Stadt selbst fielen die Schwärme in solchen Mengen ein, daß die Häuser von den Bewohnern teilweise geräumt werden mußten. Die Bemühungen der Feuerwehr um Vernichtung der Schwärme mußten durch den Einsatz von Militär unterstützt werden.

Vierköpfige Familie tot aufgefunden

□ **Greiz, 27. Jan.** Der Heizer Franz Vogel, seine Frau und seine beiden Kinder im Alter von ½ und 7 Jahren wurden Freitagmorgen gasvergiftet tot in der Wohnung aufgefunden. Vor dem Hause war ein Gasrohr geplatzt. Das Gas war durch die Kellerräume in die darüber gelegene Wohnküche und den Schlafraum der Familie gedrungen.

Lokaltermin im Dresdener Keglerheim

☆ **Dresden, 27. Jan.** Die Untersuchung der Vorgänge im Keglerheim ist unter Hinzuziehung eines beeidigten Schießsachverständigen inzwischen durchgeführt worden. Es wurden mehrere Geschoßeinschläge am Podium und auf dem Fußboden des Saales festgestellt. Bei einem dieser Geschosse ist mit Sicherheit nachgewiesen, daß es aus der Richtung der rechten Ecksäule des Balkons abgefeuert worden ist, und zwar aus einem Revolver älterer Konstruktion, Kaliber 11 Millimeter. Das Kaliber der Polizeiwaffen hat 9 Millimeter.

Die weitere Untersuchung hat dazu geführt, daß nun auch die Namen des achten und neunten Toten ermittelt worden sind. Es handelt sich um den Schriftsetzer Göbel und einen gewissen Sommerfeld, beide aus Dresden. Sommerfeld ist 25 Jahre alt.

Meyers Hehlerklienten aus dem Gerichtssaal geflohen

☆ **Berlin, 27. Jan.** In einem Hehlerprozeß vor der 4. Großen Strafkammer beim Landgericht 3 wurde Donnerstag, wie gemeldet, der Berliner Rechtsanwalt Georg Meyer festgenommen. Die Verhandlung gegen die beiden Hehler wurde von der Strafkammer aber zu Ende geführt. Die allgemeine Aufregung, die durch die sensationelle Verhaftung entstanden war, benutzten aber die beiden Hehler dazu, das Weite zu suchen. In der Mitternachtsstunde wurde von der Strafkammer in Abwesenheit der beiden Angeklagten das Urteil verkündet. Die Strafkammer erließ gegen die beiden Flüchtlinge Haftbefehl.

Tausende Grippeopfer in England

☆ **London, 27. Jan.** Die Grippeseuche in England breitet sich weiter aus. In den letzten drei Wochen betrug die Zahl der Todesopfer in den größten Städten Englands und Wales 3311. In der letzten Woche allein starben 1589 Menschen an Grippe. In Groß-London betrug die Sterbeziffer in der vergangenen Woche 570, in Manchester 106 und in Liverpool 52.

Wasserpumpwerk in die Luft geflogen

☆ **Hagen, 27. Jan.** Freitagfrüh, gegen 10 Uhr, ist das Wasserpumpwerk in der Selbecke, das die dortige Siedlung mit Wasser versorgt, in die Luft geflogen. Das Zuflußrohr von der Pumpstation zum oberen Bassin war anscheinend zugefroren. Da der Abfluß zum Bassin nicht erfolgen konnte, wurde Ueberdruck erzeugt, der vom Wärter offenbar nicht beachtet wurde. Der Kessel platzte und die Betondecke von etwa 15 Zentimeter flog in die Luft. Der Pumpwärter sowie ein Bewohner der Siedlung wurden erheblich verletzt.

Drei Todesopfer der Grippe in Krefeld

☆ **Krefeld, 25. Jan.** Zur Abwehr gegen Grippeerkrankung tranken hier zwei Ehepaare Methylalkohol. Bald stellten sich schwere Vergiftungserscheinungen ein, sodaß die vier Personen dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Die beiden Männer und eine Frau starben bald darauf an den Folgen des Genusses des unreinen Alkohols. Die vierte Person befindet sich zur Zeit außer Lebensgefahr.

Kleine Nachrichten

Deutschlands ältester Photograph gestorben.

In Zschopau im Erzgebirge starb der Photograph Christian Heinrich Wagner. Mit seinen 95 Jahren dürfte er der älteste Photograph Deutschlands gewesen sein. Ursprünglich war er Leineweber und nebenberuflich auch Zeichenlehrer.

Der Doppelgänger des Mikado

Der junge japanische Kaiser erfreut sich im Volke einer außerordentlich großen Beliebtheit, die darauf zurückzuführen ist, daß er es verschmäht, sich mit einer Sphäre der Unnahbarkeit zu umgeben, vielmehr erweist er sich möglichst vertrauter Beziehungen zu seinen Untertanen als sehr zugänglich. Nicht selten taucht der Mikado unvermutet an irgend einem Ort auf, inspiziert Schulen und andere öffentliche Einrichtungen und unterhält sich lange mit mancherlei Leuten. Meistens pflegt er dann nur von wenigen Adjutanten begleitet zu sein.

Kürzlich tauchte der Mikado auch wieder unvermutet in einer mitteljapanischen Stadt auf, begleitet von nur einem Adjutanten. Er begab sich zu dem Militärkommandanten und befahl, die Truppen in Paradeformation Aufstellung nehmen zu lassen. Vor versammelter Mannschaft hielt der hohe Gast dann eine lange Ansprache, in der er erklärte, er bange in Tokio um seine Sicherheit und habe deshalb beschlossen, sich eine eigene Sicherheitswache zusammenzustellen. Dann erging er sich in wüsten Ausfällen gegen die Regierung und die obersten Generäle, die ihm alle nach dem Leben trachteten.

Der Militärkommandant betrachtete seinen Monarchen voller Bestürzung, er setzte sich heimlich mit dem Generalkommando in Tokio in Verbindung und setzte es von den Maßnahmen des Mikado in Kenntnis. Er erfuhr, daß der Mikado sich in Tokio befinde und daß der merkwürdige Kaiser ein Irrsinniger sei, der in den letzten Tagen in einer täuschenden Maske des Monarchen in verschiedenen Orten aufgetaucht sei.

Es gelang nunmehr, den Irrsinnigen nach der Ansprache, die kein Ende nehmen wollte, ohne Aufsehen festzunehmen. Im Militärlazarett erlitt der Irrsinnige dann einen Tobsuchtsanfall. Es handelt sich um den Sohn eines bekannten japanischen Parlamentariers, der in einem Privatsanatorium untergebracht war und sich schon seit längerer Zeit für den Mikado hielt. Sein „Adjutant" ist ebenfalls ein Irrsinniger, der mit ihm zusammen im Sanatorium war.

Es ist noch unaufgeklärt, wo sich der Irre die täuschende Maske des Mikado verschafft hat, ebenso ist ihr Verschwinden aus dem Sanatorium, der vornehmsten japanischen Nervenheilanstalt, noch in ein Geheimnis gehüllt.

Obgleich die japanischen Behörden alles daran setzen, um den Vorfall geheim zu halten, konnte es doch nicht ausbleiben, daß hie und da etwas durchsickerte, zumal der falsche Mikado seine Ansprache vor tausenden Soldaten hielt.

In der ganzen japanischen Presse wird übrigens die Tatsache vermerkt, daß die Kaiserin, die durch ihre Liebe zu Kranken bekannt ist, dem Irrsinnigen bereits einen Besuch abgestattet hat. In dem Bericht steht, die Monarchin sei nach dem Zusammentreffen mit dem falschen Monarchen tief erschüttert gewesen, da der Geisteskranke nach wie vor sich für den japanischen Kaiser halte. — Der Mikado selbst hat Anweisung gegeben, dem Irren jede nur mögliche Pflege angedeihen zu lassen.